

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Belegungs-Verordnung für 1894 unter Nr. 6919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Ant. L. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. Juli 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Staatsmännische Angstprodukte.

Wenn der böse Wille genügt, so würden uns und den anderen europäischen Kulturvölkern die internationalen Freiheitsfeinde sicher ein neues Ausnahmegesetz beschleusen, das der Bekämpfung des Anarchismus seinen Namen entlehnen, aber jedwede Volksbewegung treffen, das in Deutschland vor allem zur Befehdung der Sozialdemokratie erhalten würde. Jede neue Bluttat, die jetzt in der durch Cornot's Ermordung angefachten Mordepidemie von wahnwitzigen Burschen begangen wird und sich nur halbwegs als politisches Verbrechen deuten läßt, wird von den Reaktionsdienern sofort zur weiteren Einschüchterung des Philisterthums und zur Empfehlung umfassender Polizeimaßregeln ausgebeutet.

Alle offiziellen Presorgane der vorzugsweise nach Polizeigrundlagen regierten Staaten und nicht minder auch die stets zum Reaktionsvorspann bereitstehenden Organe der behäbigen Bourgeoisie trafen förmlich von Empfehlungen sogenannter Anarchistengesetze. In ihren Reihen macht man sich sogar Hoffnung, daß auch die englische Regierung sich diesmal bereit finden lassen würde, einem allgemeinen internationalen Polizeibunde beizutreten. Trotzdem nun ein deutsches, berüchtigtes Reptilienblatt in ganz bestimmter Form versichert, „leitende Kreise Englands“ trügen sich mit derartigen Erwägungen, erscheint es doch unglaublich, daß eine englische Regierung sich behörden lassen könnte, unter irgend einem Vorwande das Asylrecht anzutasten, dessen unbeschränkte Aufrechterhaltung bisher sämtliche Engländer mit berechtigtem Stolz erfüllt hatte.

Anderes steht die Sache indes mit den kontinentalen Staaten, und nirgends wird mit solchem Eifer einem reaktionären Ausnahmegesetz vorgearbeitet als in Italien, dessen leitender Minister, seitdem er die Macht zu Kosten bekommen, aus einem verschwörungsbeflissenen Revolutionär mit unheimlicher Schuelle zu einem unterdrückungsfürchtigen Gewaltthaber sich fortentwickelt hat.

Crispi wartet gar nicht einmal ein internationales Nebereinkommen ab, so sehr er auch danach lechzt. Er ist den anderen „Staatsmännern“, deren ganze Staatsweisheit auf die Benutzung der Bajonette hinausläuft, mit verlodendem Beispiel vorangegangen. Wie eine Depesche aus Rom meldet, „gelangte am 3. Juli in der Deputiertenkammer eine Vorlage zur Vertheilung, nach welcher die Maßregel der Anweisung eines zwangsweisen Aufenthalts eventuell gegen Angeklagte

Platz greifen kann, die eines Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Sicherheit oder eines Vergehens, begangen durch Mißbrauch mit Explosivstoffen beschuldigt waren, gegen die indes die Gerichte wegen mangelnder Beweise das Verfahren einstellen mußten.“ Dieser Gesetzentwurf soll ebenso wie ein anderer bereits vorgelegter betreffend die Anstiftung und Vertheiligung von Verbrechen in der Kommission eine günstige Aufnahme gefunden haben.

Wenn diese Nachricht in allen ihren Theilen zutreffend ist, sowohl hinsichtlich des Inhalts von Crispi's Gesetzentwurf wie hinsichtlich der Aufnahme, die er gefunden, dann hat Crispi seine Vorgänger Bismarck und Puttkamer übertrumpft, und die italienischen „Onorabili“ sind die schwächsten Angstphilister, die gegenwärtig eine Abgeordnetenkammer füllen.

Crispi's Vorschlag läuft auf nichts anderes hinaus, als jede politisch mißliebige Persönlichkeit unter Polizei-Aufsicht mit Aufenthaltsbeschränkung zu stellen. Um das zu erreichen, wird einer der wichtigsten Grundsätze einer geordneten Rechtspflege schändlich durchbrochen: der Grundsatz, daß nur jemand, der thatsächlich eines Vergehens im gerichtlichen Verfahren überführt worden ist, auch mit Strafe belegt werden kann. Crispi will nicht nur den Verurtheilten bestrafen können, sondern auch den politischen Gegner, dem sich nichts beweisen läßt. Denn eine Strafe ist es, wenn man einen bestimmten Wohnort zum Aufenthalt unter beständiger polizeilicher Kontrolle angewiesen bekommt. Und um ein solches Geschick über sich ergehen lassen zu müssen, dazu wird es genügen, daß man bei irgend einem Beamten in den Verdacht geräth, zur Störung des öffentlichen Friedens aufgereizt zu haben. Der Staatsanwalt braucht dann bloß die geeignete Anklage zu erheben, vollgiltige Beweise zu erbringen ist nicht nötig. Muß der Ungelagte wegen mangelnden Beweises freigesprochen werden, dann verfällt er der Verwaltungsgewalt der Crispi'schen Polizei. In einem Lande aber, dessen Machtthaber es fertig bringen, einen De Felice auf 18 Jahre ins Zuchthaus zu schicken, werden die „der Aufreizung Verdächtigen“ nach Tausenden zählen.

Wir würden sagen: das ist unerhört! wenn diese Staatsjämmerlinge Italiens in ihrer Angst wirklich auf einen ursprünglichen Plan verfallen wären. Aber die „lex Crispi“ ist ja weiter nichts als eine Kopie russischer Einrichtungen. Er ist die „administrative Verbannung“, die jährlich von den russischen Beamten, auch ohne erst das Gericht mit einer Verhandlung zu befehlen, gegen ungehörte politisch Verdächtige verhängt wird. Die

„Gefährlicheren“ schiebt man in die Eisfelder oder Bergwerke Sibiriens; die „minder Gefährlichen“ internirt man in russischen Landstädten, wo sie persönlich frei, aber stets unter Polizei-Aufsicht zu leben haben, ganz wie der geniale Crispi das seinen politischen Gegnern zugebacht hat. Es klingt wie ein Hohn, daß ein Genosse Garibaldi's die Praktiken der russischen Willkürherrschaft in dem angeblich befreiten Italien nachahmen will.

Das russische Beispiel lehrt aber auch, was eigentlich die administrative Verbannung nützt. Hat deren jahrzehntelange Anwendung die nihilistischen Verschwörungen hintertrieben? Hat sie den Selbstherrscher aller Reußen vor Anschlägen geschützt? Die Geschichte hat diese Frage beantwortet, die Geschichte, aus der Crispi nichts gelernt, während er alle seine eigenen Erfahrungen im Freiheitskampfe vergessen hat und seine Grundsätze verleugnet.

Daß auch in Deutschland die Leute, die ein Interesse an Ausnahmegeetzen haben, tüchtig drauf loswählen, um das Philisterthum in die richtige Stimmung zu versetzen, versteht sich von selbst. Wären nur mit dem verflochtenen Sozialistengesetz nicht so klägliche Erfahrungen gemacht, so würde diese Wählerarbeit auf ähnelnde rasche Erfolge rechnen können, wie sie das neue Schoofkind der europäischen Reaktion in Italien erzielt. An Eifer lassen es unsere wählenden Dunkelkammer nicht fehlen. Die „Kreuz-Zeitung“ singt Crispi's Thatkraft begeisterte Loblieder, und sogar Dupuy, der französische Ministerpräsident, hat sich die Anerkennung des preussischen Junkerblattes angezogen, weil er von der „Vereinigung der Völker gegen die Anarchisten“ geredet hat. Bindter's selig Erben suchen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die nahe Verwandtschaft der Anarchisten mit den Sozialdemokraten daraus zu deduzieren, daß ein sozialdemokratisches Blatt, der grundsätzliche Bekämpfung der Todesstrafe getreu, die Hurlerung der Anarchisten in Frankreich als eine Barbarei verurtheilt hat. Derartige unlogische Versuche, den Spieß gegen die Sozialdemokraten zu kehren, zeigen nur, worauf es unseren einheimischen Reaktionsklässern eigentlich ankommt.

Die Verfahrenheit in Regierungskreisen tritt dabei in einem höchst sonderbaren Artikel der offiziellen „Politischen Correspondenz“ zu Tage, in dem Caprioi wegen seiner Abneigung gegen Ausnahmegeetze und Bevorzugung ordentlicher Polizeimaßregeln gepriesen wird. Mit einem deutlichen Seitenblick auf seinen Vorgänger heißt es da: „Der Reichskanzler Graf Caprioi besitzt den Muth der Kaltblütigkeit, der ein anderer ist, als der Muth der Leiden-

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

Jochai wollte in ein Geschrei des Jammers ausbrechen; Ben David bedeutete ihn jedoch heftig, zu schweigen, und raunte ihm ins Ohr: „Spare Deine Worte, die unser Glend nur beschleunigen, denn hinter jener Wand lauschen verborgene Zungen, die Jochai's Unterredung mit uns behorchten. Mir hat's verrathen sein ängstlich Dauschen, und ich warne Dich. Man kommt schon: hörst Du? Ermanne Dich. Dein Leben verb' ich gewißlich retten. Meine Vertheidigung muß der hochgelobte Gott unternehmen. Eine Menschengunge allein rettet einen Juden nicht.“

Der Oberstrichter kam herein mit gewohnter Würde; in seinem Gefolge ein Schreiber, das Verhörprotokoll unterm Arme, das Schreibzeug am Gürtel. Der Gefangenwärter schob den Tisch zurecht, und ging. — Jude Jochai und Du, sein Sohn David! begann der Richter: „Man hat uns gemeldet, daß die Aufrichtigkeit in Eurer Seele die Oberhand gewonnen, ehe wir noch der Folter bedurft, um sie zu werden. Ihr thut klug daran, zu bekennen, denn Eure Mißthaten brechen von Tag zu Tag mehr hervor aus dem Schleier, mit welchem Eure Mänke sie umhüllt hatten. Gerhard von Hülshofen — erblüht Ihr nicht noch deutlicher unter Eurer Blässe? — wird nicht säumen, vor unsrerer Schranken Zeugniß gegen Euch abzulegen, um also die Schuld wieder gut zu machen, so er als rechtgläubiger Christ zu böser Stunde auf sich geladen. Des armen Friedberger's Schmach, von seiner Wittve erkannt, bezeichnet

Euch als Glieder der verruchten Mordbande, die ihre Verbrechen sogar in unsern Mauern ausübt. Nichtswürdige Gesellen, die schon seit lange in unsern Verliesen schwachten, und ehemals mit jener Kotte Korah in Verbindung gewesen, entfinnen sich recht gut, einen der Hauptmörder mit dem Namen „der Jude“ bezeichnen gehört zu haben, und würden gewiß den David von Angesicht zu Angesicht erkennen, wäre er ihnen damals nicht immer in einer unkenntlichen Verummung erschienen. Kurz: die Zeit bricht ein Stück nach dem andern von dem Volkwerke ab, das Eure Duschlei um die Wahrheit gezogen hat. Gerade jetzt ist's noch Zeit zu bekennen, um die schwere Hand der geschlichen Mache in ihrem Falle etwas aufzuhalten, und ein milderer Loos zu gewinnen, wenn es sein kann. Wir haben daher auch nicht gesäumt, der an uns gegangenen Anforderung diesfalls zu entsprechen, und begehren von Dir, Jochai, daß Du sonder Ausschweife an den Tag gebest, was Du zu bekennen hast.“ — „Zu bekennen, Herr!“ sagte der durch die Hingebung seines Sohnes muthiger gewordene Greis: „Gott soll mir helfen, wenn ich weiß, was ich bekennen soll, wenn es nicht ist unsere Unschuld.“ — Ben David schwieg befriedigt, aber des Oberstrichters schlau-schwindliche Miene wandelte sich in eine frostige um, da er die Weigerung des Alten hörte. — „Wie?“ fragte er: „Hast Du Dein Vorhaben sobald geändert. Man sagte mir doch...“ — „Edler Herr!“ versetzte Jochai mit schneidender Offenherzigkeit: „So uns der hochgelobte Herr der Welt Stärke verleiht, so werden wir selbst unter Folterpein nicht ausfragen, was uns, sind wir gleich stedenlos wie das Lamm, den Stab bricht; um wie viel mehr müßten wir die Junge schelten, die an uns zur Vägerin werden wollte, freiwillig, ohne Noth.“ — „Aber,“ posterte der Richter aufwallend, „Du sagtest doch selbst, alter Sänder...“ Jochai schüttelte schweigend den Kopf, wie einer, der seiner Sache sehr gewiß ist, und, mit einem Lächeln nur, den

Anglauben eines anderen strast. Diese Geberde machte indessen den Richter hitziger. „Leugne nicht, Jude,“ sprach er drohend: „Friedrich hat die Lügen verabscheuen gelernt im Schooße des wahren Glaubens. Du warst geneigt, zu bekennen...“ so bekenne denn. Deine Aufrichtigkeit kann nur wohlthätigen Einfluß auf Dein Geschick haben. Bekenne die erschreckliche Kreuzigung des Knaben, die hauptsächlich Dir zur Last gelegt wird; hast Du einmal diese erste und größte Mißthat von allen gestanden, dann wird das Bekenntniß der übrigen leichter.“ — Jochai warf einen verstohlenen Blick auf den unerschütterlichen Ben David, und sagte dann entschlossen: „Gestrenger Herr...“ mir sollen alle Glieder erstarren zu Eis, wenn ich anders sagen kann, als: „Wir sind unschuldig.“ Der abtrünnige Knecht Jochai hat auch heute gelogen wie in seiner Klage. Gras wachse vor seiner Thür, und er soll sein der letzte nach allen Menschen auf der Erde. Ich werde nicht bekennen, was ich nicht weiß.“

„Ja, verdammter Jude!“ brach der Oberstrichter los: „Du hast Bekenntniß und Lüge in einer Tasche. Die wenigen Augenblicke, die Du mit diesem Glenden hier allein geblieben, alter Thor, waren hinreichend, Dich umzustimmen, und nun soll Friedrich gelogen haben, obgleich...“ Hier verstummte der edle Herr, weil ihn beinahe der Jörn veranlaßt hatte, zu gesehen, daß er alles, hinter jener Wand verborgen, mit angehört. Jochai entgegnete jedoch mit treffendem Blick und bitterem Lächeln: „Und wenn Ihr selbst, gestrenger Herr, mit Euren eigenen Ohren gehört haben wolltet, was Euch Jochai sagte, so müßte ich erklären, daß Ihr Euch irrt.“ — „Genug,“ fuhr der Oberstrichter fort: „ich sehe, daß Ihr unverbesserliches Bestindel seid. Was jener blut- und raubbürstende Mensch, Dein Sohn, an Kraft und Geschick, das Böse zu thun, vor Dir voraus hat, das erlebst Du durch Deine hundertjährige Schlanheit und Lücke. Aber — was es nun auch sei — böshafte

schast. Dann aber schlägt der Offiziosus die Wolle mit den Worten: „Die kaltsblütige Vernunft durchschaut das unnütze aller Ausnahmemaßregeln, ob sie aber zur Beruhigung weiter Kreise, die durch den Schrecken außer alle Fassung gesetzt wurden, nicht genügt wird, in Maßregeln zu willigen, die mehr schaden als nützen, kann man wohl in diesem Augenblicke noch nicht sagen.“

Es ist echte Reptilienarbeit, dem Volke Heißhunger nach Ausnahmemaßregeln anzudichten, die die kaltsblütige Regierung mit schweren Herzen bewilligen müsse. Doch mag der Reptilienwunsch in Erfüllung gehen oder nicht; wir sehen den Machenschaften der Reaktion mit voller Gelassenheit entgegen. Internationale Ausnahmegeetze werden von der Sozialdemokratie ebenso siegreich überwunden werden wie nationale.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Juli.

Zum Zusammenschluß aller Christen gegen den Sozialismus fordert Herr Dr. Lieber in Altona auf. Er hätte statt Christen lieber Kapitalisten sagen sollen. Dies wäre richtiger, ehrlicher und eines Christen, der das Evangelium kennen und nach ihm handeln will, würdiger gewesen. —

Die Tabaksequete zur Vorbereitung einer neuen Steueranlage ist, wie die „Freisinnige Zeitung“ feststellt, überall in Deutschland im Gange. In Bayern wenden sich die Bezirksämter direkt an die Fabrikanten mit Fragebogen, die 111 Fragen enthalten, in der Hauptsache aber die Zahl der Tabakfabrikations-Betriebe, die Menge der darin hergestellten Fabrikate (Zigarren, Zigaretten, Kautabak, Schnupftabak und Rauchtobak), sowie die Zahl der 1893 beschäftigten Arbeiter festzustellen suchen.

Auch in Berlin wird die Enquete vorgenommen. —

Für neue Marineforderungen macht Professor Gasse, der nationalliberale Reichstagsvertreter für die See-Stadt Leipzig, im freikonservativen „Deutschen Wochenblatt“ Stimmung. Die alten Argumente werden hierfür angeführt, sie sind längst widerlegt und werden durch Wiederlaute nicht beweiskräftiger.

Krieg im Frieden. Die „Danziger Zeitung“, eines der militärischsten Blätter Deutschlands, das Eigentum des Herrn Nicker, berichtet das folgende:

Ein bedauerlicher Vorfall hat sich in der Nacht zu gestern hier ereignet. Herr Sekondeleutnant Bork vom Grenadier-Regiment König Friedrich I. befand sich mit der Patrouille auf dem Wege vom Petershagener Thor nach Alt-Schottland, als er zwei Soldaten vor sich sah, die bei seinem Vortritt zu fliehen begannen. Einem wiederholten Haltgebot wurde nicht willfahrt und er gab daher Befehl, auf die Flüchtlinge zu schießen. Der Patrouillenführer soll dem Offizier den Namen des einen der beiden Flüchtlinge, den er erkannte, genannt haben, da die beiden Soldaten aber, trotz nochmaliger Wiederholung des Haltgebots, von dem Fluchtversuch nicht abließen, ließ der Offizier Feuer geben. Mehrere Schüsse gingen in die Luft, der eine aber traf einen der Flüchtenden in den Hinterkopf, worauf er niederfiel. Eine folgende Patrouille fand ihn und brachte ihn nach der Bischofsberg-Kaserne, wo er gegen 4 Uhr Morgens verstarb. Er wurde hier als der Unteroffizier Wesel von der siebenten Kompanie des Grenadier-Regiments König Friedrich I. erkannt. Der Erschossene diente ungefähr sieben Jahre; er war kürzlich als Beurlaubter nach Homburg gegangen, um dort probeweise als Polizeibeamter einzutreten, aber alsbald zu seinem Truppenteile zurückgekehrt. Sein Begleiter soll ein Sergeant gewesen sein, in dessen Gesellschaft er bis zu später Stunde in einem Gartenlokal vor dem Petershagener Thor gewelt hatte.

Eine Statistik über die durch den Militarismus in Friedenszeiten um ihr Leben gebrachten, in Unterscheidung der Selbstmorde wegen Soldatenmißhandlung, der Tötungen durch Wachtposten etc. sollte vom Kriegsminister in der nächsten Session des Reichstages gefordert werden. Dem unfehlbaren Militarismus würden dadurch sicherlich zahlreiche neue Freunde erworben werden. —

Ein Seitenstück zu dem Falle Lüd. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß der Grenadier Tobalski in Stettin einen Angriff auf ihn als er Posten stand, dadurch abgewehrt habe, daß er den Angreifer mit dem Bajonett niederstach. Die „Neue Stettiner Zeitung“, welche Fühlung mit den militärischen Behörden hat und deren Nachrichten daher richtig sein werden, schreibt nun, die militärische Untersuchung habe ergeben, daß Tobalski in berechtigter Abwehr gehandelt habe und ist er deshalb zum Verzeihen befähigt worden. Wir verlagen uns, eine Bewertung hieran zu knüpfen; das sind Dinge, die im Reichstag beim Militäretal zur Sprache gebracht werden müssen.

Lüge, beginnender Wahnsinn des Alters, oder jene Vergeßlichkeit, die dem ergrauten Bewußtsein zuweilen befallt, und seinem Gedächtnisse schwere Frevel entrückt, als ob sie nie vollführt worden wären, ... ich will Dich schon zum Geständnis bringen. Die Verworfenheit, die rund um unser Weichbild, und innerlich desselben, das Haupt zu Staub, Todtschlag und Brand erhebt, zittert vor meinem Namen, meinem Ansehen und Eifer. Diese Schrecken der Bängellosigkeit sollen auch nicht an zwei erbärmlichen Juden erlahmen. —

Gebraucht eure Macht, ehrbarer und strenger Herr; sprach Jochai mit leidender Demuth: „der Mensch ist ein schwach Gefäß in den Händen seines zornigen Feindes, sagt der Rabbi Jose, auf welchem der Friede sei, und das Paradies seinem Andenken. Der große Tag jenseits des Meeres, hat aber ein anderer gesagt, wird ausgleichen alles, was geschehen ist zwischen Auf- und Niedergang. Ich sage nicht, was nicht ist, wenn ich unsere Unschuld bekräftige. Der Wahnsinn, dieser Ausatz, mit welchem die Schemid den inneren Menschen schlagen, wie Job geschlagen ist worden von dem Fürsten der Wildnis, von dem haarigen Bock, redet auch nicht aus mir. Aber auch nicht Vergeßlichkeit, erzeugt von Uebermaße der Verbreden, hat entziffen meinem Gedächtnisse, was einst, wichtig wie allenfalls sein kann ein Mord, sich ihm einprägte. Ich weiß noch herzu zählen an den Fingern die zweihundertachtundvierzig Gebote, wie die dreihundertfünfundsechzig Verbote, denen ich mich mühte unterwerfen, da ich wurde im dreizehnten Jahre meines Lebens ein Ban Mithra, das ist: ein Sohn des Gesetzes. Ich habe mich gewöhnt aufzuzeichnen und zu behalten im Kopfe alle glückliche und unglückliche Tage meiner Jahre. Der glücklichen hatte ich wenig aufzuzeichnen; der unglücklichen jedoch zu behalten viele, denn ich bin ein schlechter Jude.“ —

Die ausgezeichnete Behandlung auf der Festung Olaz rühmten die nun begnadeten französischen Offiziere. Die gutgefinnte Presse „entschuldig“ dies damit, daß die Offiziere nicht aus Eigennutz und aus ehrenrührigen Motiven gehandelt haben. Ganz richtig. Aber was den französischen Spionen recht ist, müßte auch für die sozialdemokratischen Gesetzesübertreter billig sein, denn sie handeln noch aus reinen Motiven. Freilich, Bauer, das ist etwas anderes; die Sozialdemokraten wollen den Proletariern helfen und von deren Ausbeutung leben die Brotgeber der gutgefinnten Presse. —

Die Zeugen im Dresdener Maifiser-Prozess, die Polizisten, haben durchweg angegeben, daß sie die Angeklagten im Festzuge gesehen hätten, und haben diese Aussage auch ohne Zögern auf ihren Eid genommen. — Schön! Wenn man jemand, den man kennt, bei irgend einer Gelegenheit wirklich gesehen hat, so kann man das schon schlankweg auf seinen Eid nehmen; dann braucht man auch nicht erst Recherchen anzustellen, ob nicht dieser Jemand zu der angegebenen Zeit anderswo war, sondern man weiß mit absoluter Sicherheit: man hat ihn da oder dort gesehen — folglich konnte er nicht an einem anderen Platze sein. Diese absolute Sicherheit, die Maifiser-Verbrecher auch wirklich gesehen zu haben, scheint nun aber den Polizeibeamten doch nicht innegewohnt zu haben, denn wozu sollte es sonst bedient haben, daß sich Beamte in den Verhörsstunden einzelner Angeklagter beim Unternehmer oder Werkmeister erkundigen, ob der oder jener am 1. Mai gearbeitet hat oder nicht. Der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, der wir diese Mitteilungen entnehmen, sind einige Fälle bekannt, wo in der Weise verfahren wurde; haben nun die Polizisten ihren Augen nicht getraut und haben sie sich auf diese Weise erst orientiert, dann ist ihr Zeugnis doch von recht zweifelhaftem Werth, denn ebenso gut wie ein Arbeiter den Tag nicht arbeitete, um den 1. Mai zu feiern, konnte es auch aus jedem anderen Grunde geschehen sein. Gesetzt aber die Nachfrage nicht aus diesem Grunde, was hatte dann die Polizei überhaupt bei den Unternehmern zu suchen? —

Betrachtungen eines Laien über unsere Rechtspflege veröffentlichen die „Grenzboten“, denen wir die folgenden Stellen entnehmen:

Wenn man sieht, daß die Polizei fast in allen Fällen, wo sie als Anklägerin oder Verfolgerin auftritt, Recht bekommt, mag auch die stärkste Wahrscheinlichkeit für das Recht der anderen Partei sprechen, daß die Sünden der privilegierten Klassen gegen Anklage und gerichtliche Verfolgung gefeit sind, daß die Behörden mit den Angehörigen der übrigen Klassen nicht viel Federlesens machen und bei dem geringsten, oft nur scheinbaren Anlaß polizeilich oder gerichtlich gegen sie einschreiten, ohne sich darum zu kümmern, daß die Betroffenen durch diesen Eingriff in ihr Leben in ihrer Ehre gekränkt und an ihrer Gesundheit geschädigt, ja oft ins tiefste Elend gestürzt werden und ihre Existenz verlieren, daß ungeschuldig erklarte Untersuchungshaft etwas ganz gewöhnliches ist, daß die Untersuchungshaft oft länger dauert als die Strafhaft, die der Richter schließlich verhängt, und daß zwischen Vergehen und Strafe sehr oft kein richtiges Verhältnis besteht, so muß man sich fragen, wozu denn überhaupt diese großartige, kostspielige und umständliche Zurüstung unferer Strafrechtspflege?

Wäre es nicht weit einfacher, sie von der Polizei als Nebenamt verwalten zu lassen?

Man gebe den Polizisten die Vollmacht, jeden ihnen verdächtig erscheinenden oder in flagranti ergriffenen oder von einer Behörde denunzierten Menschen so lange einzulockern, als ihnen beliebt! Wer würde dabei etwas verlieren? Die Leute in guten Höfen triff's nicht, die Leute im Arbeitstittel oder in Lumpen, wenn es sich überhaupt der Mühe lohnt, auf sie Rücksicht zu nehmen, würden nicht viel schlechter fahren als bei der jetzigen Rechtspflege; nur die Zeitungsreporter und die Verfasser von Kriminalromanen würden darunter leiden, aber deren Vortheil kann doch in einer so großen Sache nicht entscheiden.

... es wäre zu zeigen, wie die empörendsten Ungerechtigkeiten völlig ungeahnt bleiben oder mit lächerlich unbedeutenden Strafen gebüßt werden, während Thaten, die gar kein Recht verletzen, bloße Verhölle gegen irgend eine Sitte oder eine willkürliche Polizeiverordnung, unbedeutende Vergehen aus Noth, berechtigte Kritiken öffentlicher Personen und Maßregeln mit drakonischer Strenge bestraft werden, und dieser Nachweis wäre auf allen Gebieten zu führen, auf dem der Eigentumsverletzungen, der Verletzungen der Person, des Leibes, der Ehre, der Verletzungen der Jungfräulichkeit und der Ehe. Doch der Stoff dafür ist so reichlich vorhanden, und liegt so offen da, daß sich ihn jeder selbst zurecht legen kann. In den unteren Schichten des Volkes geschieht das auch ohnehin täglich; es soll daher mit diesen Zeilen nur den Bewohnern des Olymps wieder einmal der Dienst erwiesen werden, sie daran zu erinnern, was in dem Tartarus vorgeht, auf dem ihr Palast ruht.

„Was soll das Gemäse?“ fragte der Oberstrichter barock: „Spare die erheuchelten Thränen für die Folterbank und den letzten Gang, elender grauer Dieb. Was hast Du noch vorzubringen? Kurz! sage ich Dir.“

„Ich werde sein schnell zu Ende,“ antwortete Jochai, mit schmerzlichem Lächeln in die Hände hauchend und über seine nassen Augen sehend. „Ich will nur reden von der Zeit, gestrenger Herr, da Ihr noch waret ungeboren, Euer Vater ein Knabe noch beinahe, und Eures Vaters Vater noch ein rüstiger Mann. Herr, ich habe erlebt, was sich jetzt noch die Enkel des damaligen Geschlechts erzählen mit behaglichem Grauen. Herr, ich war schon gewesen ein Mann von vierzig Jahren, da des hochseligen Kaisers Karl IV. Majestät genau drei Jahre am Regiment gewesen, und da wir zählten das fünftausendeinhundertundneunte Jahr der Welt, in welchem man allenthalben begann, die Juden zu schlachten, weil sie vergiftet haben sollten die Brunnen, verzaubert das Vieh und herbeigeführt die große Pest. Mir gedenk't's wie der Tag von gestern, da das Gemehel losbrach, hier zu Frankfurt, als die Geißler eingezogen waren mit Fahnen und Kerzen, und den vielen Bildern des gekreuzigten Mannes.“ — „Der Heiland!“ verbesserte der Oberstrichter finstler; unterdrück jedoch, mit einer Art von Theilnahme sich vorlehnd, den Preis nicht, so sehr auch der Schreiber, den die anhebende Erzählung langweilte, mit ungeduldiger Geberde zum Unterbrechen mahnte. —

„Die Geißler haben gesungen durch die Straßen: Ach, so hebet eure Hände, daß sich doch das Sterben wende!“ fuhr Jochai fort: „Mittlerweile aber sie sich die Rücken zerfleischten und den Staub der Gassen tranken mit ihrem Blute, ist ein Feuer ausgebrochen, und woh! woh! in der ganzen Stadt gerufen worden. Unsern von unserer Gasse war durch Nachlässigkeit oder vorsätzlichen Frevel der Brand

„Jetzt wirken Majestätsbeleidigungs-Prozesse, Demütigungsthum und Epithellum zusammen, und den Woyantismus einzupumpen; der Eid-Untug und die zahlreichen Prozeße — Prozesse, die weit häufiger gegen die Wahrheiten als gegen die Lügen der Presse geführt werden — zerschneiden die Wahrsichtigkeit und das absolute Polizeiregiment, das von der Justiz geführt wird, erzeugt niedrigen Anechtsinn.“

Der österreichische Aerbauminister, Graf Falkenhayn, hat als einziges Heilmittel gegen die Vergarbeitergahrung die Zurückführung der Arbeiter zu Gott und zum Gehorsam gegen seine Gebote empfohlen. Wenn dieser Mißbrauch der Religion nicht bald aufhört, kann die Loslösung vom antiken Kirchenthum Gewissenspflicht werden.“

Für gewöhnlich gilt es den Verwaltungs- wie den Gerichtsbehörden als selbstverständlich, daß die Polizei ihre Befugnisse niemals überschreite; diese beinahe absolute Unangreifbarkeit aber, die ihr zugesichert wird, muß nothwendig zahlreiche Ueberschreitungen der Amtsgewalt erzeugen; das einzusehen, braucht man noch kein großer Psychologe zu sein.“

Eine Verordnung zum Waarenbezeichnung- und Gebrauchsmusterrecht veröffentlicht heute der „Reichs-Anzeiger“.

Zur Regelung des Apothekentwesens. Der preussische Ministerpräsident Graf Eulenburg hat in der vorigen Woche dem Vorstehenden des deutschen Apothekervereins erklärt, daß im preussischen Staatsministerium Einstimmigkeit darüber herrsche, daß neue Monopolverthe nicht geschaffen werden dürften. Die Einführung der Personalkonzession für die neu zu errichtenden Apotheken in Preußen sei beschlossene Sache und es fehle nur noch die formelle Durchführung. Die bestehenden Apotheken würden durch diese Maßregel nicht berührt.

Die Konferenz der preussischen Landesdirektoren ist am Dienstag in Königsberg i. Pr. unter dem Vorsitze des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, Wirklichen Geheimen Raths v. Besehew, eröffnet worden. Die Konferenz ist zahlreich besucht. Unter den Verhandlungsgegenständen von weitgehendem Interesse befindet sich die Frage, ob und welche Vorschläge der Staatsregierung zwecks Aenderung des Gesetzes vom 27. Juli 1892 betreffend die Kleinbahnen zu unterbreiten sein dürften. Die Verhandlungen wurden heute fortgesetzt. —

In Stettin haben die Stadtverordneten einen Antrag auf Erweiterung des Bürgerrechtes angenommen, der Magistrat aber hat unter dem Einflusse des reaktionären Bürgermeisters Amelung diesem Beschlusse die Zustimmung verweigert. Die Stettiner Arbeiter werden sich gegen die Taktik des Magistrats mit allen Mitteln wehren, sie werden versuchen, im Verwaltungsstreitverfahren die Eintragung ihrer Namen in die Wählerliste zu erzwingen. —

Halbe Einsicht. Da lesen wir in der „Kreuz-Zeitung“:

„Wo eine Regierung sich systematisch über das Recht und die Gewissensfreiheit eines großen Theils ihrer Unterthanen hinwegsetzt, da kann sie andere Früchte nicht erwarten, als diejenigen sind, die von Zeit zu Zeit immer aufs neue aus dem Untergrunde der russischen Gesellschaft austauschen. Die Behandlung der Polen, Finnen, Balten, des Katholizismus und Protestantismus hat zwar nicht in jenen Grenzgebieten zu Genossenschaften geführt, wohl aber die Russen daran gewöhnt, ihre Freude am Zerreden zu finden.“

Merkwürdig, oder eigentlich auch nicht merkwürdig, daß das Junkerblatt nur die Kulturfeindlichkeit der nationalen und religiösen Verfolgungen der russischen Regierung richtig werthet, die politischen Verfolgungen aber gar nicht erwähnt. Nicht merkwürdig ist das deshalb, weil die Vorkämpferin einer einheimischen Reaktion ja durch ein solches Zugeständnis den Ast absägen würde, auf dem sie selber sitzt. Ihre Vaterseufensbegehren läßt sie nur zur halben Einsicht kommen. —

Die Bauernunruhen in God-Meji-Basarheth, die auf eine unerhörte Provokation der ungarischen Polizei zurückzuführen sind, werden im August ihr gerichtliches Nachspiel haben. Natürlich werden nicht die Polizisten, sondern die Bauern und zwar 250 angeklagt; 121 befinden sich in Untersuchungshaft. —

Die „gemäßigtere“ Presse Frankreichs und des Auslands, das heißt die internationale Reaktion ist begeistert von der Programmrede Casimir Perier's. Wir finden in derselben bloß eine wenig verhallte Ankündigung einer volksfeindlichen Politik, sonst Phrasen nichts als Phrasen und eine einzige erfreuliche Mittheilung, die nämlich, daß Herr Casimir Perier auf eine Wiederwahl verzichtet wird. Nun, Frankreich wird an den sieben für die Bourgeoisie fetten, für die Arbeiterklasse mageren Jahren

aufgegangen. Ich stand gerade fertig, um über Land zu gehen und zu holen mein Weib, das heimgesucht hatte seine Eltern über dem Rheine. In meiner Mutter Stube stand ich, da die Gloden anfingen zu wimmern, und das Geföse überhand nahm in den Straßen. Die arme alte Frau von siebzig Jahren, erblindet durch die Mühen des Gewerbes, erschrak zum Tode, und schickte mich fort, zu sehen, was es gebe. Ich lief, ich schrie, ich entsetzte mich. „Die Juden haben den Brand gemacht!“ schrien die rasenden Geißler auf den Gassen: „Wir haben's gesehen! Sie haben geschossen mit feurigen Pfeilen aus dem Hause zum Storch nach dem Rathhause! Und das Volk schrie nach, und dürrte Rache, und brach ein in die Häuser, die Geißler beständig voran, die rannten und sangen und mehlten. Herr! da kam ich heim, vor Angst und Ermattung halb todt, um zu retten die blinde arme Mutter. Die war in ihrer Herzensnoth herausgegangen zur Stube, und hatte sich zur Treppe gesüßt, war aber gestiegen hinaus, statt hinunter, und also gerathen auf den Speicher, wo nebenan des Nachbarns Haus brannte lichterloh. Und ich stand vorm Hause und konnte nicht hinein, weil alles voll Plünderer wogte, und sah die liebe Frau, die mich geboren, am Giebel fenster stehen, wie sie die Hände rang und hinaufrief in die Flammen, die sie nicht sah: „Sohn! Sohn! Jochai! Sohn Davids! wo bist Du! verlass mich nicht!“ Ich sah, endlich, wie die Plünderer zu ihr hinaufdrangen, und konnte, selbst geschlagen und mißhandelt, nicht herzu. „Heule nicht! Judenvettel!“ donnerte der Verzweifenden ein Mann zu erhigt von Wuth und angethan mit Grausamkeit: „Dort ist Dein Sohn! fahr gesund zum Teufel!“ Und in die Flammen des Nachbarhauses flog die Blinde. Auf ihrer Asche sei der Friede!“ —

(Fortsetzung folgt.)

genug haben. Vielleicht wird Herr Perier schon früher weichen müssen. Ihn die ehrlichen Republikaner und vor allem die Sozialisten ihre Pflicht, so wird Herr Perier bald abtreten müssen. —

Zur Lage in Frankreich. Ein Londoner bürgerlich demokratisches Wochenblatt, der *Weekly Dispatch* bringt aus der Feder eines der bestunterrichteten Pariser Korrespondenten englischer Blätter einen hochinteressanten Brief, den wir nachstehend seinem Hauptinhalte nach, in Uebersetzung folgen lassen:

Paris, den 30. Juni.

Die Politik, welche Unruhen künstlich erzeugt, um die Ruhe wiederherzustellen, war die indirekte Ursache von Carnot's tragischem Tod. Jeder, der den Ereignissen in Frankreich während der letzten 14 Jahre aufmerksam gefolgt ist, wird mir recht geben. Und niemand, der während der letzten 2 Jahre die Augen offen hatte, wird sich über die Katastrophe von Lyon gewundert haben. Man blicke nur bis zum letzten Juli zurück, und was findet man? Paris beinahe im Bürgerkrieg. Und warum? Weil die öffentliche Aufmerksamkeit von den Panamisten abgelenkt, die Arbeitsschürze unterdrückt, der Bauer zur Wahl von reaktionären Kandidaten gezwungen, und der Jar von der Bündnisfähigkeit der französischen Republik überzeugt werden sollte, die despotischer sein könne, als das Jarentum selbst. Neger, ein barmherziger Student, wurde von Polizei-Agenten getötet, die auf die Straße geschickt waren, um das Volk zu erschrecken, das einer Arbeitschürze bedarf. Wir scheinen Napoleon III. mit seinem Staatsstreich des 2. Dezember weniger schuldig, als die republikanische Regierung, die Neger erschossen ließ. Diese Regierung wollte glauben machen, daß die Gesellschaft in ihren Grundfesten bedroht sei. Trotzdem entließ sie die Garde, die zum persönlichen Schutz des Präsidenten errichtet worden war und aus den zuverlässigsten Polizei-Agenten bestand. Diese Garde, die 5 Jahre lang ihren Dienst zu vollster Zufriedenheit gethan hatte, wurde durch eine numerisch viel schwächere und aus sehr zweifelhaften Material bestehende Mannschaft ersetzt. Wenn die Gesellschaft in ihren Grundfesten bedroht war, dann hätte doch vor allen Dingen für die persönliche Sicherheit des obersten Staatsbeamten gesorgt werden müssen. Ohne irgend Jemand verbercherische Absichten unterzujuchen, darf doch getrost angenommen werden, daß der Zweck die Veränderung der war, Madame Carnot in dauernde Angst um ihren Mann zu versetzen, damit sie diesen bestimmen solle, nicht mehr für die Präsidentschaft zu kandidieren. — Nachdem die meisten übrigen hervorragenden Politiker durch den Panamastandal oder durch andere Gründe von der Bewerbung um die Präsidentschaft ausgeschlossen waren, betrachtete Dupuy sich als den Mann, der die meisten Chancen hatte; und er richtete sich darauf ein. Carnot misstrauete ihm, machte ihn aber nicht deswegen weniger zwei Mal zum Minister, was Carnot nicht gerade zur Ehre gereicht. Es gab gute Republikaner, die geeignet waren die Regierung zu führen; allein Carnot scheint unter dem Einfluß von verkappten Monarchisten gewesen zu sein, die sich zwischen ihn und die ehrlichen Republikaner drängten. — Die Freundschaft Carnot's für Casimir Perier wird daraus erklärt, daß ein Sohn Carnot's mit einem Fräulein Perier verlobt sein soll.

Dupuy war sehr überzeugt, daß er der nächste Präsident sein werde. Raum hatte Carnot Montag Nacht sein Leben ausgehaucht, so führte Dupuy in Lyon auf die Eisenbahn und fuhr mit Extrazug nach Paris, wo er sich nicht einmal die Zeit nahm, Carnot's Witwe ein Wort des Beileids zu sagen, und sofort feierhaft für seine Präsidentschaftskandidatur thätig war. Das Ergebnis der Witterungswahl traf ihn wie ein Donnereschlag.

Das Geheimniß der Bombe Vaillant's ist niemals aufgeklärt worden, dieser oder jener Polizei-Agent wird das Geheimniß wohl ausklären können. Seit Vaillant's Hinrichtung strömten Drohbriefe in das Elisee (den Präsidentenpalast), und Frau Carnot und ihre Kinder wurden aus einer Aufregung in die andere geführt. Der Justizminister Dubois hatte die Vollstreckung des Urtheils gefordert — andernfalls werde er sein Amt niederlegen. Wenn Vaillant nicht hingerichtet werde, würde das Publikum die Bombe Vaillant's nicht für recht halten. Die Kammer nahm ungelesen alle Reaktionsgesetze an, Vaillant's Kopf fiel. Henry ging an die Arbeit. Henry's Kopf fiel. Und der italienische Väter Casario Santoging an die Arbeit. — Ist der von einer geheimen Gesellschaft ausgeführt worden? Ich glaube nicht. Er hätte dann mehr Mittel gehabt und nicht zu Fuß nach Lyon wandern müssen.

Was hilft das Messer der Guillotine gegen solche Menschen? Wie oft habe ich gepredigt, daß keine Trauben auf Disteln wachsen können? Aber die Regierenden dieses Landes (Frankreich) wollen das alte Geleise nicht verlassen. Sie fahren fort, die alten abgebrauchten Regierungspfeife und -Kniffe anzuwenden. Ob das Ereigniß von Lyon eine Lehre war? Ja — eine furchtbare eindrucksvolle Lehre. Aber es giebt Leute, für die keine Lehre eindrucksvoll genug ist. —

Die Pöbeleien gegen die Fremden, namentlich die Italiener, waren in Frankreich weit schlimmer, als aus den französischen Zeitungen zu entnehmen ist. Die Franzosen schämten sich — und das ist ein gutes Zeichen. Am schlimmsten war es in Lyon, wo über 2000 Personen

verhaftet wurden, von denen über 1400 auch schuldig befunden wurden und eine Strafe erhielten. Interessant ist es, daß, wie bei allen Ausbrüchen des „Chavivismus“, die wirklichen Arbeiter fast vollkommen durch Abwesenheit glänzten, und der „Patriotismus“ durch das Lumpenproletariat im vollsten und schlimmsten Sinne des Wortes vertreten ward, das heißt durch „Gesinde aller Art (voyous), Zuhälter (souteneurs) und Spihuben“, wie die „Question Sociale“ von Bordeaux schreibt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die französischen Arbeiter an diesen Exzessen, für welche die Bourgeoisie allein die ganze Verantwortlichkeit trägt, vollkommen unschuldig. Hervorheben müssen wir noch, daß das Lyoner Pfaffenblatt „La Croix“ (Das Kreuz) auf das Festigste gegen die Fremden gehetzt hat. Dasselbe fromme Blatt bedrohte heiläufig Carnot, wenige Tage vor seiner Ermordung, mit der Rache gläubiger Katholiken. Ob man „Das Kreuz“ in den Prozeß gegen Caserio hineinziehen wird? —

Die berufene Wächterin gegen alle Verbrechen ist die so allgemein beliebte Polizei. Deren Ansehen wird kaum gefördert durch die folgende Meldung aus Paris:

Die gegen den Chef der Pariser Sicherheitspolizei Goron angeführte Untersuchung hat ergeben, daß Unregelmäßigkeiten im Rechnungswesen seines Ressorts vorgekommen sind, für welche der Chef verantwortlich gemacht werde. Derselbe wird zum einfachen Polizeikommissar degradiert.

Herr Goron ist, was unsere Leser wissen werden, nicht bloß ein Ehrenmann, denn wer würde es wagen dies vom Chef der Pariser Sicherheitspolizei zu leugnen, er ist auch der eifrigste Verfolger von Sozialisten und Anarchisten gewesen, hat bei Ausweisungen stets eifrigst mitgewirkt und ist Besitzer von einigen Duzenden Orden. Ehre, wem Ehre gebührt! —

Reiche Anarchistenverhaftungen werden aus Frankreich gemeldet, ebenso wie nach Vaillant's und Henry's That. Demals hat die Polizei bewiesen, daß die Verhaftungen künftigen Attentaten nicht vorbeugen. —

Turati über Caserio. Der „Sozialdemokrat“, unser Partei-Wochenblatt, giebt in seiner eben erschienenen Nummer — die fast ausschließlich der Auseinandersetzung mit dem Anarchismus gewidmet ist — eine interessante Äußerung Turati's, unseres hervorragenden italienischen Genossen, über Caserio wieder:

Turati kennt den Caserio aus Mailand und schiebt die Verbercherung des Attentats den ewigen Heberden der Polizei zu, die ihn überall außer Arbeit und endlich außer Landes brachte.

Wir kannten in Mailand Caserio, als er in unsere Versammlungen mit anderen Anarchisten kam, um uns zu bekämpfen. Er war nicht so aufbrausend, wie mancher seiner Kameraden. Im Gegentheil, ruhig, nachdenkend, schweigsam, notorisch arbeitsam. . . . Von seinen falschen politischen Anschauungen abgesehen, wäre er sicher einer der Unseren geworden. Aber die Polizei wollte es anders. Ihn als Heber kennzeichnend, ihn mit ihren Spitzeln belästigend und alle Meister dazu bewegend, daß sie ihn nicht in Arbeit nahmen, trotzdem sie ihm alle nur das beste Zeugniß ausstellten, zwang sie ihn, daß er sich selber epatriirte, daß er zu einem Vaterlandslosen werde, zu einem Fanatiker, und bereitete aus ihm ihrer Gewohnheit gemäß einen Stoff für die Guillotine. Nur die sozialistische Partei hat somit das Recht, diese That zu verdammern, im Hinblick auf das nutzlose Opfer, im Hinblick auf die Unterthänigkeit, welche die That der Reaktion lieferte. Leider kann der Sozialismus nicht alle diese Opfer der kapitalistischen Wirtschaft retten. Er würde sicherlich mehr den Vergewaltigten für sich gewinnen und retten, würde die Bourgeoisie nicht in solch brutaler Weise die sozialistische Propaganda zu verhindern, zu unterdrücken suchen.

Korruption überall. Aus Sofia wird telegraphirt: Das Ministerium des Auswärtigen hat die gerichtliche Verfolgung des Kabinettschefs Stambulow's, Christo Karagjovozov, wegen Malversationen eingeleitet, welche er als Beamter der diplomatischen Agentur Bulgariens in Konstantinopel begangen hat.

Die starke Segnerchaft der Parteien und ihre Ablösung in der Herrschaft führt in Bulgarien zur Aufbedeckung der Korruption. In anderen Ländern ist die Solidarität der Interessen der Herrschenden so groß, daß alles vertuscht werden kann. —

Ein neues Gesetz gegen die Kartelle wird in den Vereinigten Staaten von Amerika geplant, es wird ebenso wirkungslos bleiben wie seine zahlreichen Vorgänger. Ueber die Vorlage meldet ein Telegramm aus Washington:

Vor Eintritt in die Abstimmung sagte der Senat der Zolltarif-Vorlage einen gegen die Syndikate (Kartelle) von Industriellen gerichteten Gesetzentwurf an.

Theater.

Alexanderplatz-Theater. „Gespensker“ von Gentil führt Herr Direktor Sansi ein Drama auf seiner Bühne ein, bei dem eine derartige Empfehlung doch mehr als peinlich wirken muß. „Gespensker“ sollten auch von einem so guten Geschäftsmann, wie es der Leiter der beiden Berliner „Vollbühnen“ unzweifelhaft ist, denn doch nicht mit einem pikanten Zingeltongel-Kouplet in einen Rang gestellt werden, zu welchem die Lebewelt erst eingeladen werden muß, nachdem die Polizei in die saftigsten Stellen die Nase gesteckt hat. Man schüttelt sich, wenn eine hohe Behörde sich mit der sittlichen Würdigung des Auspinnens psychologischer Probleme befaßt, aber Diebstahls damit machen — das geht denn doch über die Duzschnur.

Was man aber kaum für möglich halten sollte, traf ein. Es hatte sich nicht allein eine ziemlich umfangreiche Gemeinde eingefunden, die Jffen auf jeden Fall austreten wollte, sondern, was noch erschauerlicher, das vielumstrittene „Familien-drama“ wurde wirklich in einer Aufführung zum Verständnis gebracht, die weit die Erwartungen überschätzte, die man an das Alexanderplatz-Theater zu stellen sich erlauben konnte. Auf einer Bühne, die auf die weitausgehenden Anweisungen, die der pedantische Dichter für die Szenarien zu geben für gut findet, wenig Rücksicht nehmen kann, war es möglich gemacht worden, die Stimmung zu treffen, die in dem düstern Stück ohne belebenden Sonnenstrahl zur Geltung kommen soll. Man fand hier das vom ewigen Regenwetter beeinflusste nordische Temperament, das selbst dem normalen und nicht von den Sünden der Väter verführten Menschen zum Wahnsinn treiben kann, getreu wiedergespiegelt und man konnte dem kalt grübelnden Dichter nachempfinden, der graumal die Krebschäden des gesitteten christlichen Familienlebens schildert, das denn doch nicht allein im Bande der Witternacktsonne den ganzen Mann, den Mann mit überhäumender Lebenslust zum Verderber an seiner Familie werden läßt. Mit voller Deutlichkeit schaffte die Aufführung die entsetzliche Tragik zu Tage, die die weitere Entwicklung der Handlung mit sich bringt, in welcher schließlich von den Erbsünden des trotz seiner Entartung doch nicht verdammenswerten

Waters der weibliche, illegitime zur Wehe wird, während der legitime mit seinem Talent unrettbar dem Wahnsinn verfällt. Und auch die wenigen Lichtblicke in dem trüben Bild, die Schilderung einer andern Welt, in der die Sittlichkeit in der Ehe herrscht, weil sie nicht durch die Bande kirchlichen und staatlichen Zwanges gefesselt ist, auch diese sich schon hervorwagenden Farben übten die Wirkung, die sie üben mußten.

Von den Darstellern verdient vor allem Frau Klara Brehm Lob, die nicht allein die geistvolle Frau, die sich durch bittere Lebenserfahrung und eigenes Denken zu freier Auffassung durchgerungen, vorzüglich darstellte, sondern auch die an ihrer Ehre besessene Gattin und die hingebende Mutter mit tiefer Empfindung verkörperte. Auch Herr Stollberg hat in seiner Auffassung des bereits zerfressen in die Heimat zurückkehrenden jungen Waters unserer Ansicht nach taktvoll das Richtige wiedergegeben verfaßt, desgleichen stellte Herr Abode-Obeling mit dem passenden leisen Anflug von Humor der alten Sänder Engstrand in Wäde und Geberde recht lebendwahr dar. Weniger scharf markirt waren der Pastor Manders des Herrn Klinger und die von Elise Jachow dargestellte Regina. Aber immerhin, mochte die bange Stimmung, die wider Erwarten besitzigliche Furcht, einen verlorenen Abend zu erleben, glänzlich umgeschlagen sein: das Publikum, das sich zum größten Theil aus Kennern des großen Dichters zusammensetzten schien, verließ mit vollem Rechts das Haus in befriedigter Stimmung.

Literarisches.

Das kommunistische Manifest. Sechste autorisierte deutsche Ausgabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. Preis 15 Pfa. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 82 S., 8°.

Schon wieder hat sich ein Heudruck dieser besten und hervorragendsten aller sozialdemokratischen Christen nützig erwiesen. Ein weiteres Wort über die Bedeutung dieser wissenschaftlich wie agitatorisch wie historisch so wichtigen Schrift dieser Anzeige hinzuzufügen, hieße unsere

Uebe den großen Eisenbahner-Streit in Amerika, finden wir in der „Frankfurter Zeitung“ die folgende interessante Zusammenstellung:

Ein erst vor sechs Monaten gebildeter Gewerkeverein hat fast zwei Drittel des Eisenbahn-Verkehrs der Vereinigten Staaten in Unordnung gebracht. Der Streit entstand in Chicago, wo die Pullman Car Company die Löhne vermindern wollte. Die Angestellten der Gesellschaft begannen deshalb einen Streik, der sich schnell auch auf andere Gewerkevereine, die nicht von Eisenbahn-Angestellten gebildet werden, ausdehnte. Nachdem der Leiter der American Railway Union, Eugene Debs, von dem man bisher nichts ge hört hatte, die General Managers Association zur Unterwerfung zwingen wollte, hat sich der lokale Pullman-Streit zu einer allgemeinen Kraftprobe entwickelt. Von dem Streik werden jetzt 82 große Eisenbahnen betroffen, darunter die St. Paul, die Rock Island, die Babafah und die Lake Shore Bahn. Die Betriebsdirektoren der 21 in Chicago einlaufenden Eisenbahnen scheinen fest entschlossen zu sein, dem Gewerkeverein der Eisenbahn-Angestellten den Garaus zu machen. Die Güterzüge sind eingestellt, doch werden Personenzüge noch abgelassen; auf sieben Bahnen fährt jedoch kein Zug mehr. Sämtliche Gewerkevereine Chicagos unterstützen den Streik. Wahrscheinlich werden auch die Telegraphisten Partei ergreifen. In den Bleibhöfen Chicagos ruht die Arbeit und die Eisenpreise sind daher in Chicago schon gestiegen. Die Vorstadt Riverdale befindet sich in den Händen der Streikenden, welche daselbst einen Eisenbahnhof der Illinois und Zentral-Bahn zur Entgleisung gebracht haben. Die Gesellschaft hat sich um Schutz ihres Eigentums an den Gouverneur gewandt. In St. Louis breitet sich der Streik immer mehr aus. In Cairo haben die Streiker völlig die Oberhand. Sie haben den Bahnhof besetzt und der Sheriff erläßt Gerichtsbefehle gegen die Eisenbahn-Beamten. In Indiana haben sich die Bundesbehörden ins Mittel gelegt, infolge dessen die Streiker gestern Abend wenigstens die Postzüge fahren ließen. In Cincinnati haben die Ausschüßigen die neuangestellten Arbeiter auf den Bahnhöfen angegriffen. In Pittsburg versucht man, auch die Arbeiter der Pennsylvania und Baltimore-Bahn in den Streik hineinzuziehen. Die Southern Pacific Bahn hat den Gouverneur von Kalifornien ausgerufen, Truppen nach Oakland, von wo aus die transkontinentalen Züge abfahren, zu senden. Im Bundesessenat will Senator Kyle im Interesse der Streiker am Montag einen Antrag einbringen, wonach die Verhinderung der Abfahrt der Züge, wenn dadurch die Postbeförderung nicht gehindert wird, oder die Abkoppelung von Pullman- oder anderen Schlafwagen kein Vergehen gegen das Gesetz der Ver. Staaten sein soll.

Telegraphisch liegen noch folgende Mittheilungen vor: Chicago, 3. Juli. Der Ausstand gewinnt an Ausdehnung; der Eisenbahnverkehr ist vollständig lahm gelegt. Eine zahlreiche Truppenmacht, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehend, soll sich von Fort Sheridan nach Chicago begeben, um dem Dekrete des Bundesgerichts, welches den Streikenden die Belästigung der Eisenbahnzüge untersagt, Achtung zu verschaffen.

Chicago, 4. Juli. Der Anführer der Ausschüßigen, Debs, erklärte, am Sonnabend würde eine alle Beteiligten befriedigende Regelung der Streitpunkte zu stande kommen; eine Zusammenkunft der Vertreter der Streikenden und der Gesellschaften fände wahrscheinlich am Donnerstag statt.

Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Partei in Chemnitz ist, wie wir bereits mitgeteilt, von der dortigen Polizei aufgelöst worden — todt ist sie darum nicht. Die Parteigenossen werden sich, bis die ministerielle Entscheidung, die ohne Zweifel zu ihren Gunsten ausfallen muß, eingegangen sein wird, den neuen Verhältnissen anpassen wissen. Der bisherige Vertrauensmann Bruno Jrmischer hat sein Amt niedergelegt; bereits gestern Abend hat eine Versammlung stattgefunden, die sich mit der Neu-Organisation der Partei beschäftigt hat.

Die Thätigkeit der Sozialdemokratie im bayerischen Landtag fand in einer Volksversammlung in Oggersheim in der Rheinpfalz freundliche Würdigung. Nachdem der Parteigenosse Ehrhart aus Ludwigshafen über die Verhandlungen des bayerischen Landtags unter reichem Beifall berichtet hatte, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, worin die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten für ihr entschiedenes Eintreten für die Interessen des arbeitenden Volkes in Bayern und der Pfalz die volle Anerkennung ausdrückt und weiter „den belebenden Trieb betont, den diese Abgeordneten in den sonst matten Gang der Verhandlungen brachten und der fruchtbringend zur Agitation und Aufklärung im Lande wirkt.“ Die fünf Abgeordneten unserer Partei werden ersucht, „auch in Zukunft durch die Bloßlegung aller Mängel und Ungerechtigkeiten der Agitation zu dienen und dadurch den Sieg der sozialistischen Partei zu beschleunigen.“ Endlich wird in der Resolution den Nürnberg-Parteigenossen Dank gesagt dafür, daß sie einem

Leser beleidigen. Aber erwidern muß werden, daß dieses Verbrechen, aus der alle späteren Schöpfen, noch nicht genügend verbreitet ist. Bei keinem Klassenbewußten Proletarier sollte es fehlen, jeder soll es lesen und wieder und nochmals lesen und verbreiten, denn aus keiner Schrift unserer ganzen Literatur kann man so viel lernen wie aus dieser. — 2.

Eingelaufene Druckschriften.

Der in seinem 19. Jahrgang vortretende *Neue Welt-Kalender für 1895* (Preis 50 Pf.) Hamburg, Hamburger Buchdrucker- und Verlagsanstalt Kater u. Co. enthält u. a.: Kalendrarbeit. — Volkswesen u. Arbeitslosigkeit. — Trübsal und Grütze. — Einmaliges. — Einmaliges. — Das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie. — Rückblick. — Was und Wäre. — In Aussicht des Jahres. — So aber So! Von Heinrich Werth (mit Illustrationen). — Der große englische Bergmannstreik (mit Illustrationen). — Witt und Donner. Von Edm. Bödler (mit Illustrationen). — Drei Tage in den Katakomben von Khab. Von Wilhelm Biedrich. — Die Jahreszeiten. Gedicht. — Schlegel, nicht übermüdet. Erzählung von Robert Schmechel (mit Illustrationen). — Kermantzen. Witt Gedicht. — Das Schinderei. Von Dr. G. Luz. — Die Gefährdungen auf der Sonne und ihre physische Beschaffenheit. Von Franz Bergmann. — Sommermorgen. Gedicht von Joh. Georges. — Neue Ausgrabungen in Pompeji (mit Illustrationen). Die Niederländer. Von Wld. Bloch. — Geistliches Scherben. Von Dr. G. Luz. — Carl Wilhelm Zolde. (Mit Vorwort). — Die See vom „Lieser Reiter“. Eine Geschichte aus dem alten Hamburg (mit Illustrationen). — Epigramme. Von Goethe. — Allegorische Mäler. — Ribbus, Wölschprung. Räthsel u. — Fiedervermittlungstabelle. — Dierich vier Kasper: Die Wehnenleserin — Die Zeitgenossen der Bergleute bei der Konferenz im Kuchentügel in London. — Die Bergarbeiter. — Die Malchschmeieren. — Ein fahriges Bild: Der Forscher an der Wand, dort seine eigene Schand'. — Ein Wandkalender. (Auch zu beziehen durch die Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Deutschstr. 2.)

Sozialpolitische Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinz Braun (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 88 hat unter anderem folgenden Inhalt: Entwicklung und Stand des Berliner Bierbroschens. Von Reichstags-Abgeordneten Ignaz Bauer. — In. Jahre über die Arbeiterbewegung. Von Prof. Dr. Heinrich Dietrich. — Die kommunistische Stellenvermittlung in Paris. — Sozialistischer Arbeiterkongress in Amerika. — Die Lage der Arbeiterbewegung in Belgien. — Vorschläge der belgischen Arbeiterkommission. — Arbeitsverhältnisse amerikanischer Eisenbahnenbedienten. — Schulgesetz für Bawandem. — Ein Klerikalismus der Arbeiter in Amerika. — Regelung der Arbeitszeit in Frankreich. — Die Probi wirt in Italien. — Wohnungspreise in Italien. — Congress international d'Anvers.

Wähler Sozialdemokraten zu Sitz und Stimme im Landtag verhalten.

Gleich rückhaltlose Zustimmung fand die Thätigkeit unserer bayrischen Landtagsabgeordneten in dem Orte Zirndorf bei Nürnberg, wo Grillenberger, der dort geboren ist, nach ca. 17 Jahren dieser Tage eine große Versammlung abhielt. Seine Rede wurde fortwährend von stürmischem Applaus unterbrochen und als er geendet hatte, wollte der Beifall kein Ende nehmen.

Von der Agitation. In Weil der Stadt in Württemberg konnte dieser Tage trotz der Saalabtreiber die erste sozialdemokratische Versammlung abgehalten werden. Benz aus Stuttgart referierte über den Werth der Organisation und über die Ziele der Sozialdemokratie. Seine Darlegungen wurden mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Die Errichtung eines sozialdemokratischen Vereins wird die erste Frucht dieser wohl gelungenen Versammlung sein.

In Stuttgart sprach Reichstags-Abgeordneter Dr. Schönlank in der Arbeiterhalle vor einer zahlreichen Versammlung über die Klagen gegen die heutige Gesellschaft. Seine Ausführungen wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Ueber das Thema „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ hielt in Hagen in Westfalen Dr. Lütgenau vor einer großen Versammlung einen Vortrag, der ebenfalls großen Beifall fand. Die Antisemiten bewiesen durch Schweigen, daß ihre Sache eine ernsthafte Erörterung nicht verträgt.

In Pirna sprach Frau Rahler aus Hamburg vor ziemlich 1000 Personen über das Thema: „Was wird der Befreiungskampf, den Frauen bringen?“ Ihre Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung.

In dem Dorfe Dösch bei Leipzig hielt dieser Tage der Reichstags-Abgeordnete Geyer einen Vortrag über die Arbeiterbewegung und ihre Gegner. Die Versammlung nahm die Ausführungen des Redners mit großem Beifall auf und erklärte in einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, ihr volles Einverständnis mit dem Gehörten. Weiter wird es in der Resolution als höchste Pflicht jedes Arbeiters erklärt, für die Verbreitung der Sozialdemokratie zu wirken und Ausflärung unter die indifferente Masse zu bringen. Endlich verwarf die Versammlung entschieden alle Attentate, weil sie nur geeignet sind, der gesammten Arbeiterbewegung neue Hindernisse zu bereiten.

Am Sonntag wurden im zweiten oldenburgischen Wahlkreise 20 000 Exemplare eines Flugblattes verbreitet, worin die Stellung erörtert ist, die unsere Partei gegen Kleinhandwerk und Kleingrundbesitz einnimmt. Die Verbreitung ging überall ohne besondere Zwischenfälle vor sich.

Partei-Preffe. Die Magdeburger „Vollstimme“ beging am 1. Juli ihr viertes Geburtstagfest. Zur Feier des Tages hatte sich eine große Anzahl Parteigenossen mit ihren Familien in „Grasgarten“ versammelt, wo durch Gesang, Musik und eine Ansprache, die der Redakteur der „Vollstimme“ Alb. Schmidt hielt, das Geburtstagskind geehrt wurde. Die besondere Freude unserer Magdeburger Parteigenossen ist wohl berechtigt, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Opfer das Blatt schon hat bringen müssen. Zählen wir sie summarisch auf: Hausausgaben 30, Beschlagsnahmen 12, Vernehmungen über 100. Für Strafmandate sind annähernd 3000 M. gezahlt worden wegen Verbreitung der „Vollstimme“ auf dem Lande ohne „Gewerbeklein“. Strafverfahren wurden eingeleitet wegen Gotteslästerung, Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Militärstandes resp. eines höheren Offiziers, Beleidigung der Magdeburger Richter resp. der Polizei, Verächtlichmachung von Staatsanstellungen, Aufreizung zum Klassenhaß, Vergehen wider das Pressegesetz, groben Unfugs, Verbreitung verbotener Schriften, Verbreitung unzüchtiger Schriften (Danton's Tod, Fall Wittwe Bethge). An Gefängnis hatten unsere Redakteure, uneingerechnet mehrwöchentlich resp. mehrmonatlicher Untersuchungshaft, insgesammt 2 Jahre 7 Monate 1 Tag zu verbüßen (Genosse Baumüller sitzt seit 4. April in Untersuchungshaft). An Strafen, Gerichts-, Vertheidigungs- und Entschädigungskosten sind bis heute gezahlt worden 10 795,82 M.

Der Bierboikott in Braunschweig dauert noch un- verändert fort. Die Saalbesitzer beschäftigen — so berichtet die dortige „Landes-Zeitung“ — bei der Polizeidirektion nochmals um Aufhebung der Tanzbeschränkung vorstellig zu werden, und zwar wollen sich die betreffenden Wirthe, falls ihrem Ersuchen, jeden Sonntag wieder Tanz abhalten zu dürfen, entsprochen wird, verpflichten, ihre Lokalitäten zu sozialdemokratischen Veranstaltungen künftig nicht mehr herzugeben. — Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt jedenfalls abzuwarten, denn, obgleich die Ridikalität eines großen Theils der Wirthe hinlänglich bekannt ist, so beweisen wir doch, daß die auf die Arbeiter angewiesenen Gastwirthe so kurzfristig sein werden, sich durch Eingehen solcher Verpflichtungen ins eigene Fleisch zu schneiden. Während die Arbeiterschaft auf das Bier der dortigen Brauereien nach wie vor verzichtet, werden (ähnlich wie in Berlin) immer mehr fremde Biere dort eingeführt, so namentlich das der Dessauer Feldschlößchenbrauerei. Das findet natürlich nicht den Beifall der Brauereiproben, die mit Schreden zusehen, wie ihr Bier in immer größeren Mengen sich aufstapelt und von den Arbeitern — nicht getrunken wird. In ihrer Herzensangst wenden sie sich an ihre Kollegen in der Provinz; in einer „Erklärung“ sammeln sie:

„Es ist kein Zweifel für uns, daß die weitere siegreiche Durchführung unseres Kampfes mit der boykottierenden Sozialdemokratie fast allein von der Fernhaltung der Biere auswärtsiger, bisher in Braunschweig nicht vertretenen norddeutscher Brauereien abhängt. Es erscheint aber unserer Kampfes um eine gerechte Sache und ist keineswegs förderlich für Ehre und Ansehen des deutschen Braugewerbes, wenn man die gefährlichsten Widersacher im eigenen Lager findet, Kollegen als Bundesgenossen der Sozialdemokratie besessen und nach Befestigung der einen feindlichen Brauerei sich aufs Neue zur Abwehr einer anderen rüsten muß. Der Verein Braunschweiger Brauereien richtet wiederholt an alle norddeutschen Brauereien höchlichst die Bitte, während der Dauer der Sperren sich der Bierlieferung nach Braunschweig zu enthalten, und versichert, überall in gleicher Sachlage dasselbe Verfahren beobachten zu wollen. Alle jene Auswüchse wird hoffentlich eine künftige Schutzgenossenschaft beseitigen.“

Es scheint demnach auch in Braunschweig mit der „gerechten Sache“ recht wackelig zu stehen. Die kleineren Brauereien, die sonst mit allen, oft den schäbigsten Mitteln der Konkurrenz von den großen Brauherren belämpft werden, dürften diesem Liebeswerben wohl kaum Verhändnis entgegenbringen und das mit Recht.

Auch die Bernburger Genossen werden wohl demnächst gezwungen sein, der Saalabtreiber, die auch dort versucht wird, energisch entgegenzutreten.

Für das Tölsche Denkmal gingen bereits 127,70 M. ein. Weitere Beiträge nimmt der Parteigenosse Siebel in Dortmund, Westerblichstr. 42, entgegen.

Die Sozialdemokratie während und Oesterreich-Schlesien hält am 22. und 23. Juli in Freiwaldau ihr jährliche Landeskonferenz ab. Die provisorische Tagesordnung enthält die Punkte: Parteibericht, Organisation und Taktik, Wahlreform und Wahlrechtsbewegung, Presse und sonstige Partei-Angelegenheiten.

Eine allgemeine norwegische Arbeiterversammlung. veranstaltet von den Parteigenossen Norwegens, die kürzlich in Gjørik tagte, beschloß u. a. für den achtstündigen Arbeitstag einzutreten. In einer anderen Resolution wurde die baldige Lösung der Altersunterstützungsfrage gefordert.

Todtenliste der Partei. In Muskau starb nach kurzem Leiden unser braver Parteigenosse Kürschnermeister Moriz Wagner im Alter von 45 Jahren. Er war ein stiller, aber unermüdlicher Kämpfer. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Redakteur Braun in Burgstädt hat gegen seine Ausweisung aus Sachsen bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde geführt. Daraufhin ist ihm vom Bürgermeister so lange Aufschub bewilligt worden, bis über die Beschwerde entschieden ist. Wir wollen hoffen, daß die Ausweisung unterbleibt, und wir sonach im Stande sind, von der sächsischen Behördenpraxis einmal etwas Erfreuliches zu melden.

— Die Arbeiter-Gesangvereine als politische zu behandeln, findet in Sachsen immer mehr Nachahmung. So wird dem „Beobachter“ wieder aus Grün gemeldet, daß der Vorsitzende des dortigen Arbeiter-Gesangvereins vom Amtshauptmann die Aufforderung erhielt, die Vorstandsmitglieder des Vereins anzumelden, überhaupt allen denjenigen Anforderungen nachzukommen, die sonst an politische Vereine gestellt werden.

— Der 1. Amtsleiter Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst in Teplitz in Böhmen verbot dem Verein „Fortschritt“ die Abhaltung einer Volksversammlung wegen der „päten Abendstunde“, zu der sie abgehalten werden sollte. Der Beginn der Versammlung war auf 1/2 Uhr festgesetzt.

Soziale Uebersicht.

Der Thüringer Arbeiter-Sängerbund hält am 15. Juli im Auenkeller in Erfurt sein erstes Sängerefest ab. Die Dresdener Gesangvereine beabsichtigen einen Arbeiter-Sängerbund zu gründen nach dem Berliner Muster. Bierzehn Vereine haben sich bis jetzt zum Beitritt bereit erklärt.

Mit Feierschichten werden die Bergleute Westfalens jetzt arg heimgesucht. Wenn sie gute Löhne bezögen, so könnten sie das leichter erwinden. Aber bei Schichtlöhnen unter 3,50 M., wie sie nach der Rhein-Westf. Arb.-Ztg. dort gezahlt werden, ist es natürlich, daß sie durch die unrentable Arbeit in Schulden geraten, die zu begleichen es in der Regel der härtesten Entbehrungen bedarf. Das ist heutzutage das Loos des Bergmanns, der für die paar Pfennige Lohn auch noch jeden Augenblick sein Leben auf's Spiel zu setzen hat. Um so besser geht es den Grubenbesitzern. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes des Kohlen-Syndikats, das am Montag in Essen tagte, führt die Rhein-Westf. Arbeiter-Ztg. an, daß die Steigerung des verhältnismäßigen Absatzes im Monat Mai gegen Monat April 4,02 pCt. betrug. Zudem dürfte sich der Juni noch günstiger gestalten, dagegen wird der Juli wahrscheinlich eine kleine Abminderung bringen. Bezüglich des Absatzes in Lokomotivlochen mit den preussischen Staatsbahnen wurde berichtet, daß insgesammt 1 688 000 Tonnen zu gegen das Vorjahr um 5 M. pro Doppel-erhöhten Preisen abgeschlossen wurden, und daß diese nach Lage der Verhältnisse durchaus mäßige Preiserhöhung unbedingt nötig gewesen sei und übrigens kaum hinreiche, die den Zechen durch erfolgter stärkerer Belastung zu gunsten der Arbeiter und bergleichen, sowie durch die neueren bergpolizeilichen Bestimmungen erwachsenen Mehrkosten zu decken. Das Kohlen-Syndikat sei überhaupt weit davon entfernt, durch künstliche Einschränkungen, wie ihm hier und da vorgeworfen würde, ergründet hohe Preise zu erzielen, es erfolge vielmehr die Preisfestsetzung von Fall zu Fall unter Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse, wobei man allerdings nicht außer Acht lassen dürfe, daß die Erhöhung des Kohlen-Syndikats doch schließlich nur erfolgt sei, um dem westfälischen Bergbau eine möglichst gesicherte Vergütung zu verschaffen. Schließlich wurde die Förderungseinschränkung auf 15 pCt. festgesetzt.

Einerseits begründet man also die Erhöhung des Kohlenpreises mit der stärkeren Belastung, die den Zechen zu gunsten der Arbeiter auferlegt sei, und andererseits entzieht man dem Arbeiter einen Teil seines gewohnheitsmäßigen Einkommens durch Anordnung von Feierschichten, und steigert dadurch den Kohlenpreis unter Umständen aufs neue, schlägt also im günstigsten Falle drei Fliegen — nämlich den Staat, den Arbeiter und das Publikum — mit einer Klappe.

In gleicher Weise wirtschaftet das Kohlen-Syndikat, das ebenfalls am Montag in Essen tagte. Es hat im Wege der Verständigung mit dem belgischen Syndikat die Preise in die Höhe schrauben können und behält die Produktionseinschränkung von 10 pCt. auch für die nächste Periode bei. Und die solches thun, sind alleammt Säulen der „Ordnung“!

Auch eine Reform. Um den oft beklagten Wettbewerb, der dem freien Handwerk aus der Staatsanstalts-Arbeit erwächst, thunlichst zu beschränken, sollen fortan die Staatsanstalten in größerem Umfang zur Anfertigung des Bedarfs an Bekleidungsgegenständen für das Heer herangezogen werden.

Unternehmer-Patriotismus.

Magdeburg. Wukau, den 9. Juli 1894. Dem Wöltcher (folgt Name) aus (folgt Ort) wird hierdurch bescheinigt, daß derselbe vom 15. a. a. bis heute in unserer Wöltcherei zu unserer Zufriedenheit arbeitete. (folgt Name) wird heute entlassen, weil er zu einer militärischen Uebung einberufen ist. Wukauer Dampfbierbrauerei, Reichardt u. Schneidewin.

Ordnungshüter. Zwei Polizeibeamte, welche vom Leipziger Landgericht wegen schwerer Körperverletzung, begangen an einem Arbeiter, zu zwei bezw. drei Wochen Gefängnis verurtheilt wurden, sind sofort geschäftig worden. Desgleichen zwei Schutzleute, welche den Angeklagten als Schutzzeugen dienten. Das Gericht verurtheilte die beiden letzteren nicht, weil es befürchtete, daß dieselben einen Meineid schwören würden. Es wäre wünschenswert, wenn immer und überall mit gleicher Energie gegen polizeiliche Uebergriffe vorgegangen würde.

Der Nürnberger Magistrat hat beschlossen, auf das Gesuch der Arbeiter um Errichtung eines Arbeitsvermittlungsamts und eines Arbeitersekretariats zu antworten, daß er sich zur Unterstüßung beider Einrichtungen bereit erkläre. Aber die Sache hat einen gewaltigen Haken. Die Arbeiter hatten sich anbeisichtig gemacht, die Hälfte der auf 5000 M. veranschlagten Kosten aufzubringen; die andere Hälfte sollte von der Stadt gezahlt werden. Der Magistrat stellt nun echt bourgeoismäßig seine Unterstüßung nur für den Fall in Aussicht, wenn die Arbeiter die von ihnen angebotenen 2500 M. sicher stellen und weiter — echt bürokratisch! — wenn die Arbeiter es dem Magistrat überlassen, die geplante Einrichtung ganz in seiner Weise zu treffen. Aber auch wenn die Arbeiter zustimmen, wird der Magistrat noch das Recht haben, die Sache in weitere Erwägung zu ziehen. Wenn die Pränktische Tagespost dies als ein „auf die lange Bank schieben“ auffaßt, wird sie wohl den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Arbeitszeitverkürzung in der Schweiz. In Winterthur haben zwei Feziken den Zehnstundentag eingeführt. Die eine, eine große Seidenfabrik, beschäftigt mehr als 500 Arbeiterinnen. Die andere, eine Färberei, etwa 200 Ar-

beiter. Die Eintheilung der Arbeitszeit in der Seidenfabrik ist folgende: 6 1/2 Uhr Morgens bis 11 1/2 Uhr Mittags, und von 1 Uhr Mittags bis 6 Uhr Abends. Diese Arbeitszeitreduktion ist eine Folge der am 1. Juni in der Schweiz eingeführten mitteleuropäischen Zeit.

Arbeitslosen-Statistik in der Schweiz. Die „Zeitschrift für schweizerische Statistik“ enthält in ihrer letzten Nummer einen bemerkenswerthen Aufsatz unseres Genossen A. Merk vom schweizerischen Arbeitersekretariat: Die Arbeitslosigkeit in Zürich in den Wintern 1892/93 und 1893/94. — Nach einer Einleitung, in der die Situation im allgemeinen kurz geschildert ist, wird eine Darstellung der Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung in Zürich während der beiden Winter gegeben, der sich das statistische Material, 31 Tabellen, anschließt. Der Bearbeiter berechnet den wirtschaftlichen Schaden, den die Arbeitslosen erlitten haben, indem er die verlorenen Arbeitstage mit dem Durchschnittslohn der verschiedenen Berufsgruppen multipliziert und kommt dabei zu dem Schluß, daß dieser im ersten Winter über 813 000 Franken, die sich auf 1652 Arbeitslose vertheilen, betragen hat, während im zweiten Winter 885 Arbeitslosen 158 000 Franken Arbeitslohn entgingen. Und doch stellen diese Zahlen nur Minimalsummen vor, und das in zwei Wintern, die zwischen normalen, ja sogar guten Baujahren lagen! In den Schlussbemerkungen kommt der Verfasser auf die verschiedenen Mittel zur Arbeitslosen-Unterstützung zu sprechen und beleuchtet insbesondere die Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Er muß schwere Bedenken dagegen ins Feld führen, die beherzigt zu werden verdienen, und er kommt zu dem Schluß, daß die beste Hilfe für die Arbeitslosen immer die Verschaffung von Arbeit ist, sie nützt ihnen und zu gleicher Zeit der Gesamtheit.

Die norwegischen Zigarrenarbeiter haben eine Kontroll-Schutzmarke behufs Verminderung der Heim- und Gefängnisarbeit eingeführt; die organisierten Arbeiter beschloßen, keinen anderen Tabak mehr zu rauchen, als den mit der Schutzmarke versehenen. Als die Eintragung in das Baarenschutzmarken-Register erfolgen sollte, weigerte sich die Registratur, da die Inschrift der Marken: „Schutz der Tabakindustrie“ und „Fort mit der auf größerer Ausbeutung basirten Heimarbeit — Solidarität“ dem Beamten als „Anstoß erregend“ erschien. Die Arbeiter wandten sich dann an das Ministerium und dieses entschied: die Inschriften seien nicht von der Beschaffenheit, Anstoß zu erregen! So erfolgte denn die Registrierung. — Ein preussisches Ministerium würde den Ausdruck „Ausbeutung“ sicher nicht anstoßig finden.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Maurer! Ueber den Bau des Rieker Gerichtsgängnisses ist wegen Lohnindifferenzen die Sperre verhängt. Die Kollegen werden dringend ersucht, dortselbst nicht in Arbeit zu treten. Zugug fernzuhalten.

Achtung Tischler! Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß die Streikangelegenheiten in den Werkstätten von Weismann, Dieffenbachstraße 36, und Rutschmar, Straßunderstraße 7, bis jetzt noch nicht erledigt sind. In beiden Werkstätten haben noch weitere ganz erhebliche Lohnabzüge stattgefunden, als Vergleich möge folgendes dienen: Bei Rutschmar wurden nachstehende Preise gezahlt: Vorbauipinde vorher 64 M., jetzt 57 M., Kleideripinde mit geschweitem Kreuz vorher 56 M., jetzt 50 M., Vertikow vorher 61 M., jetzt 54 M., Spiegelschränke vorher 48 M., jetzt 38 M. für 4 Stück, und für 6 Gallerispinden vorher 68 M., jetzt 42 M.

Kollegen! Es ist die höchste Zeit, daß wir dem rückständigen Gehahren einzelner Unternehmer einen stärkeren Damm durch eine festgelegte Organisation entgegensehen. Die Werkstatt-Kontroll-Kommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Berlin).

Achtung, Korbmacher! Den Korbmachern der Barre'schen Werkstätte in Ostleibhausen bei Bremen ist innerhalb der nächsten 14 Tage ein 10 pCt.-Lohnabzug angekündigt worden! In Anbetracht der schon jetzigen schlechten Lohnverhältnisse sind dieselben, falls seitens des betreffenden Arbeitgebers die Lohnreduktion nicht zurückgenommen wird, entschlossen, in den Streik einzutreten, und bitten deshalb um Fernhaltung des Zuguges! Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Korbmacher Bremens.

Anruf an die Kollegen und Gewerkschaften Deutschlands! Nun liegen wir bereits 3 Wochen im Streik, und schon wieder ist eine Anzahl Kollegen gezwungen worden, in den Streik zu treten, und zwar handelt es sich ebenfalls in erster Linie um die Organisationsfrage. Man sieht, die Berliner Fabrikanten wenden alle Mittel an, um organisierte Arbeiter auf die Straße zu werfen. Da schickt z. B. der Fabrikant Morosse seinen Arbeitern vor, er müsse seine Fabrik verkleinern, und trotz wiederholter Verhandlungen läßt sich derselbe nicht bewegen, die Arbeitszeit dementsprechend zu verkürzen, sondern sogar eine 10-20prozentige Lohnreduktion wird denselben noch angekündigt. Natürlich haben wir müssen die richtige Antwort auf solche Handlungsweisen geben, nämlich die des Streiks, trotzdem ja die Fabrikanten glauben, den Sieg zu erringen, weil sie meinen, die Schuhmacher können jetzt keinen Streik führen, da es an Geld fehle. Die Haltung der Streikenden ist eine musterhafte zu nennen, und wird, da die Saison jetzt vor der Thüre steht, der Sieg auch bald für uns entschieden sein.

Wir appellieren nun nochmals an die Gewerkschaften Deutschlands mit der Bitte, uns in diesem schweren Kampfe moralisch wie materiell zu unterstützen. Briefe und Zuschriften sind zu richten an Gust. Fahn, Berlin O., Andreasstr. 32 (Andreasstr.), Restaur. Weigmann. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Braunschweiger Gewerkschaftskartell beschloß die Aufnahme einer permanenten Arbeitslosenstatistik. Die Ausführung ist den einzelnen, im Kartell vertretenen Berufsorganisationen überlassen. Um ein möglichst vollständiges Ergebnis zu erzielen, sollen die Krankenkassen-Vorstände ersucht werden, die bei ihnen angemeldeten Krankheitsstage anzugeben. Die Ausarbeitung der Fragebogen und wohl auch zur Zusammenstellung des von den Berufsorganisationen gemachten Materials ist einer vom Kartell ernannten dreigliedrigen Kommission übertragen.

Im englischen Schneidergewerbe droht nach der Londoner Allgemeinen Korrespondenz ein Niefenaustand auszubrechen. Der General-Sekretär des internationalen Gewerksvereins der Schneider und Presser, Lewis Lyons, erklärte, es dürste vielleicht eine halbe Million Menschen beider Geschlechter sich an dem Streik beteiligen. Der Hauptzweck sei, die Arbeitszeit einheitlich zu regeln.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) Prag, 4. Juli. Der fünfzehnjährige Janderbaderlehrling Seemann wurde wegen Hochverrats zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt.

Bukarest, 4. Juli. Der im Bau begriffene Ausstellungs-Pavillon in dem öffentlichen Cismegiu-Garten ist heute eingestürzt. 28 Arbeiter wurden verschüttet, 18 derselben wurden verwundet, davon 4 schwer.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die letzte Hoffnung des Brauer-Rings, seine Niederlage in dem Bierboykott zu verdecken, hat er auf den jetzt eingetretenen Witterungswechsel gesetzt. Der Bettelack, den Herr Jacobi für die Berliner Gastwirthe schwingt, will sich nicht fällen, obgleich dieser Ehrenmann der Wahrheit über Manneskräften Gewalt anthut. Der Brauererring windet sich in Krämpfen und fängt an zu zerbröckeln; die Austrittserklärungen aus dem Brauererring mehren sich; 8 Brauereien haben dem Ring den Beitritt von Anfang an verweigert. Der Saalboykott, womit man die Arbeiter mundtot zu machen versuchte, ist jämmerlich ins Wasser gefallen — die Kraft des Brauer-Rings ist gebrochen. An Euch, Arbeiter Berlins also ist es, den Boykott mit alter Energie und Entschlossenheit durchzuführen!

Verdoppelt Eure Aufmerksamkeit! In keiner Werkstätte, in keinem Hause, bei keinem Ausfluge, nirgends darf ein Tropfen Boykott Bier getrunken werden! Das ist Eure Pflicht, dann ist der Sieg bald unser!

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykott-Kommission.

Boykottiert sind:

1. Schultheiß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Gappoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregor, Berlin (Ablor-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Nixdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Wehmann, Westend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.

Aus dem Brauererring während des Boykotts sind ausgetreten und die Arbeiter-Forderungen haben anerkannt: Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.

Brauerei Wilhelmshöhe, C. Lehmann, Berlin. Radeberger Exportbrauerei (Brauerei Pichelsdorf).

Dem Brauererring gehören nicht an und die Arbeiterforderungen sind durchgeführt bei:

Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin

Dem Brauererring gehören nicht an, Neuerungen über die Durchführung der Arbeiterforderungen liegen aber nicht vor von

F. W. Hoffmann, Werder a. O.

G. Bauer, Werder a. O.

Brauerei Muggelschloßchen, Friedrichshagen.

Kaiser-Brauerei, Dummer und Rahl, Charlottenburg.

Brauerei Phönix, Lichterfelde.

Nordstern-Brauerei, Berlin.

Durch Vermittelung der Bierkommission oder auf deren Anregung führen nachstehend verzeichnete Brauereien von auswärts Bier nach hier ein:

Brauerei in Wusterhausen.

Exportbrauerei Rathenow.

Bürgerliches Brauhaus, Dresden.

Schloßbrauerei, Fürstental.

Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.

Bürgerliches Brauhaus (in Firma Quintern), Ludenwalde.

Brauerei Maß, Rottbus.

Tokales.

Der Bierboykott tritt in das Stadium der Einigungsversuche. Heut Mittag findet unter Mitwirkung eines vom Gewerbeamt konstituierten Einigungsausschusses die erste Besprechung von Vertretern der Arbeiterschaft und des Vereins der Brauereien Berlin und Umgegend statt. Die Genossen Franke, Hilsper und Singer werden, der Einladung des Gewerbeamtes folgend, an der Besprechung teilnehmen.

Gegenüber dieser auf Thatsachen beruhenden Mitteilung schwart das „Berliner Intelligenzblatt“ allerlei konfuse Zeug und läßt seinen Lesern vor, daß Mitglieder der Boykott-Kommission, darunter Genosse Mattulat, zum Brauereibesitzer Gappoldt gelaufen seien, um Verhandlungen einzuleiten. Ebenso unverschämte gelogen ist die in derselben Notiz enthaltene Nachricht, daß die Brauerei Arbeiter sich an das Gewerbeamt, als Einigungsbehörde, gewandt haben, und daß gestern, also Mittwoch, die diesbezügliche Verhandlung stattgefunden habe. Heut will das „Intelligenzblatt“ das Resultat dieser Verhandlung mittheilen. Wir sind neugierig, was für einen Bären das Polizeiblatt seinen Gläubigen wieder aufbinden wird. Bei aller prinzipiellen Feindschaft gegen die Kapitalproben des Bier-Rings können wir uns fast des Mittels nicht erwehren, wenn wir lesen, daß das Organ der Summischläuchlinge sich der Brauerherren annimmt.

Die Saalverweigerer von Rösicke's Gnaden, welche im Hinblick auf die ihnen vorgegaukelte Million der Arbeiterschaft schände die Thür gewiesen haben, sind, wenn man einer sonst in polizeilichen Dingen gut unterrichteten Lokalcorrespondenz trauen darf, bereits auf dem Standpunkt der Polizeihilfe angelangt.

Die betreffende Notiz, die, wie sie uns tief erschüttert hat, so auch unsere Parteigenossen hoffentlich bis zu Thürnen rühren wird, hat folgenden Wortlaut:

„Zum Bierboykott wird gemeldet, daß sich auch die Polizeibehörde der Angelegenheit zunächst insofern bemächtigt hat, als sie den geschädigten Wirthen thunlichst zu Hilfe kommt. Den Gastwirthen wird seit kurzem eine Vergrößerung des Verdienstes dadurch ermöglicht, daß die Polizei hinsichtlich der Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Lustbarkeiten das größte Entgegenkommen zeigt. Dies enthält eine Abweichung von der bisherigen Praxis, nach der öffentliche Lustbarkeiten vielfach eingeschränkt wurden. Im Uebrigen hat der Polizeipräsident selbst seine Stellung den Wirthen gegenüber dadurch gekennzeichnet, daß er der Unterstufungskasse eine Summe aus der eigenen Tasche überwiesen hat. Auch die Ausdehnung der Polizei-

stunde wird den Wirthen auf ihre bezüglichen Eingaben in der größtmöglichen Weise bewilligt.“

Eine Verichtigung von Herrn Rösicke. Unter Bezugnahme auf den berühmten § 11 ersucht uns Herr Rösicke um Aufnahme der nachstehenden, wie man finden wird, wenig den Anforderungen des Verichtigungsparagraphen entsprechenden Zuschrift:

In Nr. 150 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 1. Juli, wird in der ersten Beilage unter „Lokales“ behauptet, ich hätte kurz vor Verhängung des Boykotts an den von mir zusammengerufenen Arbeiterschuß der Schultheiß-Brauerei folgende Worte gerichtet:

„Auf ein bis zwei Millionen soll es mir nicht ankommen! Ich werde alle Hebel in Bewegung setzen, die Berliner Arbeiterschaft aber soll sich an mir den Schädel einrennen!“ Diese Behauptung ist unwahr. Ich habe eine solche Äußerung weder den Worten, noch dem Sinne nach jemals gethan.

In dem betreffenden Artikel wird ferner behauptet: „Die Berliner Arbeiterschaft läuft thätfächlich in keinem anderen Berliner Brauereibetriebe so leicht Gefahr zu verunglücken, sich Haut und Haare zu verbrennen, Leib und Leben auf's Spiel zu setzen, ja man kann wirklich ohne große Uebertreibung sagen, sich den Schädel einrennen, als auf Schultheiß-Tivoli, wo jeder dritte Mann verunglückt — wo im verflochtenen Jahre 1893 allein 114 Arbeiter, also 31,23 pCt. zu Schaden gekommen sind. — Aber das ist nur der eine Betrieb, dazu kommen die auf Schultheiß-Schönhauser Allee im letzten Jahre verunglückten 89 Arbeiter, d. h. 24,18 pCt., so daß thätfächlich in dem einen Jahre bei Schultheiß 203 Arbeiter verunglückt sind.“

Auch diese Behauptung ist unwahr. Wie die in dem betreffenden Artikel aufgeführte Tabelle aufweist, ergibt sich für andere Berliner Brauereibetriebe ein gleicher, bezw. ein höherer Prozentsatz an Unfällen. Abgesehen hiervon betrifft die in dem Artikel aufgeführte Tabelle lediglich die von den Berliner Brauereien bei der hiesigen Sektion der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft angemeldeten Unfälle. Diese Anmeldungen lassen aber einen Vergleich zwischen den verschiedenen Brauereien nicht zu, weil das „Unfallmeldewesen“ — wie es in dem betreffenden Artikel selbst heißt — in den verschiedenen Brauereien verschieden gehandhabt wird. Nach § 51 des Unfallversicherungsgesetzes ist von jedem in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfall, durch welchen eine in demselben beschäftigte Person eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zur Folge hat, Anzeige zu erstatten; dieselbe muß binnen 2 Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der Betriebsunternehmer von dem Unfall Kenntniß erhalten hat. Die Zahl der Anmeldungen hängt hiernach nicht nur von der Zahl der thätfächlich vorgekommenen Unfälle, sondern auch davon ab, ob der Betriebsunternehmer von jedem Unfall Kenntniß erlangt, ob nach seinem subjektiven Ermessen überhaupt ein Unfall vorliegt und ob derselbe eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zur Folge haben wird. Die Zahl der stattgefundenen Meldungen ist also nicht immer identisch mit den wirklich vorgekommenen Unfällen und liefert insbesondere keinen Beweis für die geringere oder größere Unfallgefahr der betreffenden Betriebe. Da aber die Anmeldung eines jeden Unfalls, auch wenn er im Augenblick gar keine Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, für die Arbeiter von großem Werthe ist, weil niemand im Voraus wissen kann, welche Nachteile dem Verletzten event. nach Jahren daraus erwachsen und weil die nicht erfolgte Anmeldung ihnen den Beweis für den ursächlichen Zusammenhang der späteren Erwerbsunfähigkeit mit dem i. J. gehaltenen Unfall sehr erschweren oder ganz unmöglich machen kann, so hat sich nicht nur die Direktion des Böhmisches Brauhauses — wie dies in dem betr. Artikel ausdrücklich angegeben wird — sondern auch die Direktion der Schultheiß-Brauerei veranlaßt gesehen, dafür Sorge zu tragen, daß alle auch die scheinbar geringfügigsten Verletzungen, wie z. B. kleine Quetschungen, Schnittwunden, Hautabrisse und dergl. als Unfälle angesehen und zur Anzeige gebracht werden.

Zum Beweise für die Richtigkeit dieser Angaben im Gegensatz zu den unrichtigen Behauptungen in dem Artikel des „Vorwärts“ beziehe ich mich auf nachstehendes Schreiben der Berliner Sektion der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft vom 3. Juli d. J.:

„An den General-Direktor der Schultheiß-Brauerei Herrn Richard Rösicke, hier. Wir beehren uns auf Ihren Wunsch und unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung im „Vorwärts“, eine Aufstellung in der Anlage ergebenst zu überreichen, aus welcher sich ergibt, daß die verhältnismäßig hohe Zahl der aus Ihren Betrieben stammenden Unfallmeldungen ganz zweifellos ihre Erklärung darin findet, daß Sie die geringfügigsten Verletzungen zur Anzeige bringen.“

Es entspricht dieses Verfahren, welches nicht nur Ihre Betriebe, sondern u. a. auch das Böhmisches Brauhaus und die Brauerei Friedrichshain befolgen, den unsererseits wiederholt publizirten Instruktionen, welche den Brauereien die schärfste Meldepflicht zur Aufgabe machen.

Weiter konnten wir bisher nicht alle Brauereien veranlassen, diesen Instruktionen Folge zu geben. Die beiliegende Tabelle ergibt, daß der Prozentsatz der entschädigten (schweren) Unfälle zur Zahl der Arbeiter sich bei Ihren Brauereien auf 1,54 bezw. 1,79 pCt. stellt, während sieben andere Brauereien unter den aufgeführten achtzehn, welche mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, einen erheblich höheren Prozentsatz aufweisen.

Daß das Meldewesen seitens anderer Brauereien nicht so streng gehandhabt wird, erhellt noch klarer daraus, daß von 100 gemeldeten Unfällen bei Ihren Brauereien 4,89 bezw. 6,74 pCt. entschädigungspflichtig geworden sind, während sämtliche übrigen Brauereien einen höheren Prozentsatz aufweisen, der bei einzelnen Betrieben sogar die Zahlen von 19, 25, 33 und 41 pCt. ergibt.

Was nun die mittleren Durchschnittszahlen betrifft, so er-

giebt sich bei ersterer Kategorie ein Prozentsatz von 1,94 und bei der zweiten ein solcher von 11,69; die Ihre Brauereien betreffenden Zahlen befinden sich also unter dem Durchschnitt. Dieses Resultat stimmt auch mit den Ergebnissen der Revisionen Ihrer Betriebe überein, die in keinem Falle zu Ausstellungen geführt haben. Die stattgehabten Unfalluntersuchungen haben gleichfalls keinen Anhalt dafür verschafft, daß das Fehlen irgend einer Schutzvorrichtung oder der mangelhafte Zustand einer solchen die Veranlassung zu irgend einem der stattgehabten Unfälle gewesen wäre.“

Zur Ergänzung des vorstehenden Schreibens führe ich noch an, daß von den in der Schultheiß-Brauerei gemeldeten 203 Unfällen im Jahre 1893, zwei doppelt gemeldete Fälle in Abzug zu bringen sind; daß von den verbleibenden 201 Fällen 80 überhaupt keine bezw. eine Erwerbsunfähigkeit von nicht mehr als drei Tagen, und daß von den übrigen nur 11 eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 18 Wochen zur Folge hatten. Nur diese 11 sind entschädigungspflichtige Unfälle, die aber auch nur eine theilweise Erwerbsunfähigkeit von 10 bis 50 pCt. herbeigeführt haben.

Schließlich ist es unwahr, daß ich Brauer und Flaschenpflücker zur Verrichtung von Böttcherarbeiten bewegen will, von denen dieselben nichts verstehen, von denen ich aber weiß, daß es überaus gefährliche Arbeiten sind, namentlich für die darin Ungeübten.

Vielmehr handelte es sich in den in Rede stehenden Fällen lediglich um einfache, von den betreffenden Arbeitern verweigerete Hilfestellungen und Hantirungen, die eine besondere Gefahr nicht mit sich bringen und die nach dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen jeder Brauergeselle bezw. Brauerer-Hilfsarbeite versteht und verstehen muß.

Hochachtungsvoll

Richard Rösicke.

Die obenstehende „Verichtigung“ nehmen wir trotz der unangebrachten Bezugnahme auf das Vergehen sehr gern auf, da sie im Wesentlichen alles, was wir in unserem Artikel in der Sonntagsnummer gesagt haben, lediglich bestätigt. An dem thätfächlichen Zahlenbeweise, daß im verflochtenen Jahre allein 114 Arbeiter, also 31,23 pCt., auf der Schultheißbrauerei Tivoli, und dazu 89 Arbeiter, d. h. 24,18 pCt. auf Schultheiß-Schönhauser Allee, also insgesamt 203 Mann verunglückt sind, ist es Herrn Rösicke nur gelungen, zwei Unglücksfälle in Abzug zu bringen, die aus Versehen doppelt gemeldet sind. Wir haben unserem Berichtshalter die obenstehende „Verichtigung“ natürlich zur ausführlichen Erwiderung zugesandt und wollen deshalb für heute nur das eine konstatiren, daß Herr Rösicke mit seiner Verichtigung trotz des besten Willens nicht pro domo, sondern nur für uns geschrieben hat, da die ganze Erklärung nur zu deutlich beweist, wie nothwendig die gesetzliche Regelung der obligatorischen Unfallmeldungen und, armer Herr Rösicke, ein besonderes Arbeiterschutzgesetz für die Arbeiter in den Brauereien ist. Ob Herr Rösicke oder das Böhmisches Brauhaus die meisten Unglücksfälle aufzuweisen hat, ist im Hinblick auf die Thatsache, daß die Brauerei-Arbeit die gefährlichste von allen Arbeiten ist, doch ziemlich gleichgiltig, da wir, wenn wir Herrn Rösicke nennen, damit nur den Typus des Großkapitalisten bezeichnen. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik hat, das beweist gerade die Verichtigung des Herrn Rösicke, keine dringlichere Aufgabe, als die genaue Untersuchung der Verhältnisse der Arbeiter in den Brauereien und nicht zuletzt der mit Wohlfahrts-Einrichtungen so gesegneten Schultheißbrauerei.

Es dümmert. Daß in manchen bürgerlichen Kreisen, soweit sie nicht durch „metallisch“ schmeckende Gründe von vornherein daran verhindert sind, allmählich eine verständigere Auffassung des Bierboykotts Eingang hält, läßt sich an mancherlei Vorkommnissen der letzten Tage unklar erkennen. Gatten wir vor dem schon oft Gelegenheit, Stimmen aus den beteiligten Kreisen zu hören, die sich über die mittelbaren Folgen eines Sieges des isolirten Braukapitals — an den glücklicherweise jetzt weniger wie je zu denken ist — d. h. die Zerkümmern der kleinen und mittleren Erzeugnisse im Braugewerbe, nicht im Unklaren befinden, so können wir heute eine, gewiß unparteiische, Zeugin zitiren, die sich diesen Ansichten durchaus anschließt.

Der Korrespondent der kapitalfeindlichen „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreibt seinem Blatte über diesen Punkt: „Ob aber die Brauereien siegen oder unterliegen, so hat die bisherige Führung des Kampfes sehr bemerkenswerthe Erscheinungen zur Beurtheilung gewisser moderner Wirtschaftsvorgänge geliefert. In der geschlossenen Vereinigung der Berliner Brauereien giebt es große Herren und bescheidene Mitläufer. Die Großen sind naturgemäß die Führer, und es wird von der ganzen Art dieses Abwehrwerkes untreubar sein, daß die leitenden Kräfte sogar gegen ihren Willen (!) dazu gedrängt werden, die Gelegenheit zur Befestigung ihrer ohnehin überwiegenden Macht zu benutzen. Der feste Zusammenhalt der Berliner Brauereien kann allerdings nicht bewirken, daß soviel Bier wie vor dem Boykott getrunken wird, wohl aber bedeutet er eine mächtige Waffe im Kampfe insofern, als die Geschlossenheit des Vorgehens die Konkurrenz der auswärtigen Brauereien so gut wie ganz verhindert. Der Ring, um das Wort ohne den üblichen (!), weniger angenehmen Beigeschmack zu gebrauchen, beherrscht das Feld und wird seine Stärke auch über den jetzigen Bierkrieg hinaus bewahren, einfach schon durch sein bloßes Dasein. So sieht man auch hier, daß die Lohnkämpfe der Gegenwart mit der einen ihrer wichtigsten Erscheinungen, namentlich mit der Organisation der Arbeitnehmer, gleichzeitig eine korrespondirende Erscheinung, eine Konzentration der großen Betriebe einer Auffassung der kleineren Betriebe begünstigen.“

Bei dieser nüchternen Auffassung der Dinge kann es nicht im Geringsten verschlagen, wenn irrthümlicher Weise gesagt wird, die Geschlossenheit des Vorgehens verhindere die Konkurrenz fremden Bieres in Berlin. Einmal kann man nur sehr, sehr bedingt von einer „Geschlossenheit“ sprechen, da ein namhafter Theil der Brauereien dem Großkapitalismus die Heresefolge überhaupt verweigert hat, während die Getreuen sich nach und nach seinen gefährlichen Warnungen entziehen.

Daß aber die Konkurrenz fremden Bieres von ausschlag-

gehender Bedeutung ist, beweist die Thatsache, daß gegenwärtig mindestens fünfzig verschiedene Sorten fremden Bieres zum Teil in ansehnlichen Quantitäten in Berlin getrunken werden; der bekannte Stehbier-Abschinger führt allein wohl über ein Dutzend ansehnliche Biere. Der Lust dazu hat, kann sich von jedem Bierimporteur befähigen lassen, daß sein Absatz während des Bockbiers sich wesentlich gesteigert hat. Wenn aber solche, durchaus ringsumher, Kapitalistenorgane sich in dieser fatalistischen Art über den Bierkrieg äußern, so mögen die Arbeiter daraus entnehmen, wie die Stimmung in den gegnerischen Kreisen ungefähr beschaffen ist; es bedarf, daß wir sicher, nur einer kurzen Spanne ver doppelter Anstrengung, um dem Dinge die Herrschaftsgelüste ein für allemal auszutreiben.

Unausbleibliche Gründe führt ein Leser unseres Blattes für die leidige Thatsache an, daß bei der grrroßen antisemitischen Partei ein grauenhafter Dolos herrscht. Die Gründe lauten: 1. Trinken die Antis das ganze Bockbier weg, und 2. haben sie in der Versammlung bei Wuggenhausen sowie für die Sozialdemokraten zum Besten gegeben, daß ihr Geld dadurch schon rein alle geworden ist. Das wären so ein paar Gründe, die für die Ungermanen mit slavischer Gefinnung schon was werth wären. In dem Akt liegt ein gutes Stück Wahrheit. Es muß konstatiert werden, daß die Antis das Mündchen zwar ebenso weit zum Saufen, wie zum Schreiben aufzureißen wissen, daß sie aber, wenn es gilt, für die „jute Sache“ Opfer zu bringen, sich schleunigst in die Erde drücken.

Der Verband der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend, dem etwa 3000 Mitglieder angehören, hatte in einer Sitzung bei Joel, Andreasstr. 21, am 18. Juni cr., eine Kommission von 15 Mitgliedern gewählt, welche den Versuch machen sollte, den Streit zwischen den Brauereien und der Arbeiterpartei zu schlichten. Zur Ausführung dieses Beschlusses war zu Dienstag, den 26. Juni, eine Sitzung bei Rümann, Eldenastr. 7, einberufen, in der beschlossen wurde, die streitenden Parteien zu einer neuen Sitzung am Dienstag, den 3. Juli, bei Poppe, Lindenstr. 106, einzuladen.

In dieser Sitzung war, wie wir gestern schon kurz berichten konnten, die gewählte Kommission vollständig erschienen, seitens der Bockbierkommission die Herren Singer, Hilpert und Mattutat, seitens des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend niemand. Letzterer hatte zwei Schreiben eingesandt, in welchem er, bezugnehmend auf die Beschlüsse der Brauereien, die Arbeiterpartei nicht geneigt sein würde, in Verhandlungen einzutreten. Im zweiten Schreiben, bezugnehmend auf die Beschlüsse der Brauereien, wird die Erklärung abgegeben, daß von dem ersten Vorsitzenden des hiesigen Generalgerichtes Verhandlungen zur Beilegung des Streits angebahnt sind und daß der Verein bedauert, der heutigen Sitzung aus diesem Grunde nicht beiwohnen zu können.

Nach längerer Debatte, an der sich auch die Mitglieder der Bockbier-Kommission beteiligten, wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die heute versammelte, vom Verbands der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend gewählte Kommission von 15 Mitgliedern spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß seitens des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend niemand erschienen ist. Da der Berliner Verband die ehrlichste Absicht hatte, den Streit zwischen beiden Parteien zu schlichten, so haben aus dem abgelehnten Verhalten des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend die Gast- und Schankwirthe nur die Ueberzeugung erlangt, daß die Erhaltung der Existenz der letzteren den Brauereien gleichgültig ist. Die Kommission nimmt daher keinen Anstand, freimüthig zu erklären, daß durch die Taktlosigkeit der Brauereien der Kommission gegenüber die Gast- und Schankwirthe noch mehr zu leiden haben als dies bisher schon der Fall war.

Wie konsequent die Arbeiterschaft den Bockbierboycott befolgt, davon weiß die „Middorfer Zeitung“ einige Beispiele zu erzählen. In der Bergstraße in Middorf war man zu einer Geburtstagsfeier zusammengekommen. Als die ersten Gläser schäumendes Festweines kredenzt wurden, stieg einer der Gäste nach der Herkunft des Bieres und hört, daß es aus der Vereinsbrauerei bezogen ist. Der Fragesteller erklärt hierauf entrüstet, bockbirtirtes Bier trinke er unter keinen Umständen. Ueber verzichtete er auf das Vergnügen. Und ehe der Gastgeber sich von seinem Schreden erholt hat, ist der brave Genosse mit kurzem Gruß zur Thüre hinaus. Die übrigen Gäste folgten bis auf zwei diesem Beispiel und so fand die Geburtstagsfeier ein sehr frühes und unerwartetes Ende. — In einem zweiten Hölle verlangte die Kundin einer Milch- und Vorkosthändlerin durchaus bockbirtirtes Flaschenbier und da sie dasselbe bei ihrer bisherigen Lieferantin nicht erhielt, ging sie nach einem anderen Geschäft. Am nächsten Morgen blieb die gewohnte Milchlieferung aus und auf ihre Erkundigung nach der Ursache erhielt die Kundin von der Händlerin den Bescheid, daß sie Leuten, die bockbirtirtes Bier kaufen, keine Milch liefere. Die Kundin mußte verblüfft ohne Milch umkehren.

Brauerei-Boycott der Spandauer Gastwirthe. Nach der am 29. Juni erfolgten Einführung der kommunalen Biersteuer für den Stadtbezirk Spandau stellten die in Frage kommenden Brauereien an die dortigen Wirthe die Forderung, in Zukunft die Lohne Bier mit 40 Pf., das in Anbetracht der Betrag der Biersteuer, theurer zu bezahlen. Wie leicht erklärlich, stieß dieses Ansuchen bei den Gastwirthen auf heftigen Widerstand und der Gastwirtheverein beschloß in seiner letzten zu dem Zweck einberufenen Versammlung, diesen Preisausschlag nicht zu zahlen, es vielmehr darauf ankommen zu lassen und event. lieber Bier von außerhalb einzuführen. An diesem Beschluß konnte auch der Hinweis des Direktors der Spandauer Bergbrauerei nichts ändern, welcher meinte, daß mit Rücksicht auf den Brauerei-Boycott, welcher der genannten Brauerei schon hunderttausende Schaden zugefügt habe, die Brauerei nicht im Stande sei, auch noch diese neue Belastung auf ihr Konto zu nehmen. So stehen sich denn die Parteien schroff gegenüber und man ist hier auf den Ausweg dieses Streites sehr gespannt. Bemerkenswerth ist nur, daß die bürgerlichen Kreise und vor allem die Lokalpresse, welche gegen den sozialdemokratischen Brauerei-Boycott voll sittlicher Entrüstung entbrannte und die Unverschämtheit und Unmännlichkeit der Arbeiter bis in den Abgrund verdammte, in diesem Falle den Boycott als berechtigt anerkennt und gut heißt. Nun, die Arbeiter werden ihren Kampf gegen den Brauereireichthum auch ohne Beihilfe des Philisterrichthums siegreich zu Ende führen. Ob aber die Spandauer Gastwirthe Moutage genug leisten, den Brauereien auf die Dauer die Stirn zu bieten, das wird in Arbeiterkreisen denn doch in gelinden Zweifel gezogen.

Achtung! Parteigenossen Moabits! Laut Beschluß der letzten Parteiverammlung machen wir die Genossen nochmals darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli ab die Parteiblätter nie überhaupt alle sozialdemokratischen Schriften durch die Partei verbreitet werden. Wir ersuchen die Genossen, uns in diesem Unternehmen zu unterstützen, denn einzeln sind wir nicht, vereint sind wir alles.

Abonnements nehmen entgegen: Johann Pfarr, Wilsnackerstraße 49, S. 2 Tr. Georg Schütz, Gavelbergstr. 37, S. 2 Tr. Otto Hempel, Stephanstr. 8. Die Vertrauenspersonen des 6. Wahlkreises.

Den Parteigenossen sei im Anschluß hieran noch mitgeteilt, daß den Genossen Peyer, Schröder und Renfer die Revision des Expedienten obliegt.

Die Expedition des „Vorwärts“ und der Parteiliteratur ist dem Genossen Hempel, Stephanstr. 8, übertragen.

Ein ibyllisches Bild bot sich, wie uns einige Leser berichten, am letzten Sonntag auf der Tour zwischen Köpenick und Schönweide den Augen des Publikums dar. Die Passagiere auf den Dampfbooten, die nach diesen Orten verkehren, gemessen

völlig gratis den Anblick fünfzig nackter Soldaten, von denen etwa zwanzig mit Schwimmhosen bekleidet waren. Dies Schauspiel soll man übrigens in unserm Zeitalter der durch Mindervereine ganz besonders patentirten Sittlichkeit, des militarisirten Christenthums und der polizeilich konfiszirten „nackten“ Bilder recht häufig gewahrt werden können.

Das Ungeheuerliche und Unhöfliche der Sammlung von Beiträgen unter dem unteren Beamtenpersonal des Staates, die zu Geschenken an höhere Beamte, überhaupt an Vorgesetzte, verwendet werden, haben wir bereits des öfteren, besonders aus dem Machbereich des Herrn v. Stephan geäußert. Es war in erster Linie der postalische Erlaß betr. die Hamburger Cholerafalle, der zur Bekämpfung unseres Urtheils diente. Bekanntlich förderte der Prozeß, der seitens der Postverwaltung dieserhalb gegen unsere verantwortlichen Redakteur angestrengt wurde, nicht allein zu Tage, daß durch die Sammlungen unter dem Personal rund 48 000 M., durch die Verwaltung aus Reichsmitteln aber nur rund 4000 M. zur Unterstützung der durch die Cholera in Noth gerathenen Hamburger Postbeamten zusammengebracht wurden; er brachte uns auch die durch den Vorliegenden des betreffenden Gerichts erfolgte Konstatierung, daß seitens der Postverwaltung ein Zwang auf die untergebenen Beamten zur Bestimmung von Beiträgen wohl nicht beabsichtigt sei, daß die Vermöge ihrer abhängigen Stellung dem „Ermeßen“ der Behörde überlassen unteren Beamten aber einen Zwang für vorliegende erachteten. Auch Fälle von Sammlungen für höhere Beamte sind häufig von uns besprochen bezw. im Reine erörtert worden.

Unsere häufige Kritik, die aus allen Ecken Deutschlands wiederhallenden Entrüstungsstürme und das fast einstimmige Urtheil des Reichstages, daß diese Inanspruchnahme des kümmerlich besoldeten Personal ebenfalls verdammt, haben, ohne daß wir einen solchen Erfolg zu erhoffen wagten, die Postverwaltung zu einer Aenderung ihrer Gesinnungen veranlaßt — der einzige Fortschritt zum Besseren, den wir seit langer Zeit vom Gebiete der Reichs-Postverwaltung zu registriren in der Lage sind. Am 21. Juni 1893, III 19 784, hat Herr v. Stephan seine geläuterten Ansichten in folgendem Erlaß niedergelegt:

Nach dem . . . Bericht sind dem Postdirektor N. in N. bei Vollendung seiner 25jährigen Dienstzeit von jetzigen und früheren Beamten und Unterbeamten des betreffenden Amtes werthvolle Geschenke überreicht worden. Wenn es schon meiner Auffassung nicht entspricht, daß aktiven Beamten zum 50jährigen Dienstjubiläum seitens der Amtsgenossen lothverdienliche Ehrengaben dargebracht werden, so muß ich die Widmung von Geschenken zur 25jährigen Wiederkehr des Tages, an welchem ein Beamter in den Dienst getreten ist, als durchaus unangehörig bezeichnen, zumal die Verwaltung diesem Tage grundsätzlich überhaupt keine Beachtung schenkt. Es ist zu mißbilligen, daß aus solchem Anlaß Beiträge von Beamten u. gesammelt worden sind. Dem Antrage der (Zit.), dem N. die Genehmigung zur Annahme der Geschenke zu erteilen, vermag ich nicht zuzustimmen.

Wie gesagt, wir registriren diesen Fortschritt. Dennoch haben wir mit Vorbedenken mehr im Auge. Auch in anderen Ministerien herrschen die Mißstände der Sammlungen, auch in anderen Ressorts wird das lärgliche Einkommen der unteren Beamten und besonders der Unterbeamten durch Beiträge gekürzt, die in Gestalt von Geschenken und Festgaben vorgelegten Beamten überreicht werden. So greift diese Manie in hervorragender Weise unter den Beamten des preussischen Eisenbahnamtministeriums. Es wird hier nicht nur gesammelt zum 50. und 25jährigen Dienstjubiläum, es wird von dieser verächtlichen Hausbetriebe auch Gebrauch gemacht bei goldenen und silbernen Hochzeiten und anderen Gelegenheiten. Wenn diese Sammlungen ausschließlich in dem Kreise stattfinden, dem der Jubilar angehört, so ist wenig dagegen zu sagen; wenn zu der Beitragsleistung jedoch Eisenbahnschaffner, Bremser, Weichensteller, Nachtwächter, Arbeiter u. s. w., die in dem Jubilar den Vorgesetzten erblicken, herangezogen werden, so verdient ein solches Vorgehen die schärfste Verurtheilung. Denn noch weit zutreffender, als bei dem Postpersonal, ist der Auspruch des Reichsvorherrn bei dem unteren Eisenbahnpersonal. Dieses hält nicht nur einen Zwang für vorliegend, es fürchtet auch, bei einer Nichtbetheiligung schwere pekuniäre Nachteile davonzutragen, weil die Auswahl des Personal zur Begleitung derzüge, die je nachdem mehr oder weniger Nebenverdienst in Gestalt der Frachtagelder abwirft, in der Hand ihrer Vorgesetzten liegt. Und nicht allein die Unterbeamten sehen sich zu Ausgaben gezwungen, auch die Jubilare, sofern sie zu den unteren Subalternbeamten gehören, werden insofern Bewirtung der sich umringelnden einstellenden Gäste zu Ausgaben getrieben, die zu ihrem Einkommen in gar keinem Verhältnis stehen. Zieht man weiter in Betracht, daß auf den besaglichen Abendgesellschaften die Beamten sich von den Unterbeamten wie die Böcke von den Schafen sondern, daß Vorgesetzte mit der aus Mitteln ihrer Untergebenen zusammengebrachten goldenen Uhr und Kette im Dienste herumkolzieren und auf der Straße diese mißthätigen Gabenspenden kaum kennen beziehungsweise von oben herab behandeln, so kann man sich nur wundern, daß Zustände, die von Herrn v. Stephan als unaltbar erkannt sind, unter dem „Reform“-minister Thielens ruhig weiter bestehen. — Ausführlicher, wie sonst wohl nötig wäre, sind wir zu Anfang gewesen, damit Herr Thielens das gute Beispiel seines Kollegen nachzuahmen im Stande ist und die bez. Verfügung, die doch nur Selbstverständliches sagt, auch in seinem Wirkungskreise zur Geltung bringen kann. Und damit er mit seiner Reform den Anfang mache, verweisen wir ihn auf den Berliner Nordbahnhof, wo sich augenblicklich wieder einmal die geschilderten Vorgänge abspielen.

Auf Anregung des Hauptauschusses der neuesten postalischen Wohlfahrts-Einrichtung, der Stiftung „Fächerhort“, hat, so berichtet die offizielle „Z. S. Ztg.“, das Berliner Komitee für Ferienkolonien sich bereit erklärt, Fächer von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten aus Berlin und Umgegend auf Kosten des „Fächerhort“ in Sommerfrische zu nehmen. Diese Einrichtung soll schon für 1894 in Kraft treten. Ueberwiesen sind von seitens der Stiftung 10 kränliche Mädchen im Alter von 7-14 Jahren, darunter 8 Unterbeamten-Waisen. Die Ausdehnung der wohltätigen Wohnstätte auf die Ferienkolonien anderer Städte des Reichsgebietes soll der Erwägung unterliegen.

Es wird täglich immer besser im Reiche der Gottesfurcht und frommen Eitelkeit. Die Unterbeamten, die wahrhaft lärglich entlehnt werden, die mit ihren Familien in unzulänglichen Wohnräumen Schaden an Leib und Seele nehmen, von denen auf die Anregung des Abgeordneten Rebel nach Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer sagte, daß die Behörde sie nicht nöthigen wolle, in entlegenen Gegenden zu wohnen, weil sie ihnen und ihren Familien damit, die von ihnen hochgeschätzte Gelegenheit entziehen würde, durch Vermietung von Einböden . . . ihr Einkommen zu verbessern, diese selben Unterbeamten schaffen, natürlich freiwillig, durch ihre Beiträge zu der berufenen Stiftung die Möglichkeit, Kinder ihrer verstorbenen Kollegen, die durch schlechte Ernährung und unter dem Einflusse des von Herrn Dr. Fischer sanktionirten Schlafstellenwesens schwach und kränzlich geworden sind, auf's Land und dort in gute Luft und Pflege zu senden. — Ob die in unserem Leitartikel in Nr. 72 erwähnten Waisen des Postschaffners Aug. Weber, der sich wegen Ueberbürdung mit Arbeit vor nicht langer Zeit das Leben nahm und der ebenfalls seine Beiträge zum „Horte“ entrichtete, sich unter den in die Ferienkolonie gesandten acht Unterbeamtenwaisen befinden?

In der **Wäre** Wenzel wird uns heute mitgeteilt, daß der Malermeister selber an dem Umstand, daß er den Gehilfen den schuldigen Lohn nicht auszahlen konnte, keine Schuld trägt.

Er hatte von dem Bauherrn Stuh die fällige Lohntaxe zu verlangen; als er auf den Bau kam, setzte er zunächst seine Gehilfen davon in Kenntniß, daß, wenn sie den erarbeiteten Lohn nicht ausbezahlt bekommen sollten, dies nicht seine Schuld sei; wollten sie sich davon überzeugen, wie es in Geldangelegenheiten unter Umständen zuzugehen, so möchten sie mit herabkommen. Von der Sachlage überzeugten sich auch die betreffenden Gehilfen; Wenzel kam mit ihnen dahin überein, daß sie weiter arbeiten sollten. Eine Stunde später, während die Maler am Vordertreppenturm an der Decke arbeiteten, hörten sie Hilsgeschrei; die Arbeiter stürzten herab und als sie am Eingang des Baues ankamen, sahen sie Wenzel anscheinend leblos liegen. Einige der am Bau beteiligten Unternehmer, Puhnermeister Kromadowsky, Maurermeister Michels, Maurerpolier Fritz Gut, standen in der Nähe mit Stöcken bewaffnet; von letzterem wollen die Löhner am Bau gesehen haben, daß er mit einem Spaten auf den Malermeister einhieb. Es geht aus dieser Darstellung mit Deutlichkeit hervor, daß unsere gekrönte Noth insoweit zu berichtigen ist, als die Malergehilfen selber an der schweren Verwundung des Mannes nicht die geringste Schuld tragen. Vielleicht sieht sich die Regierung, die gegenwärtig ja darauf aus ist, sich über den Wauschwindel zu informieren, dies Stückchen Faktumrecht einmal recht in der Nähe an.

In einem Schreiben, das Herr Robert Wenzel von seiner Wohnung, Swinowunderstr. 149, aus an uns richtet, verweist er sich ebenfalls dagegen, daß er die Arbeiter um ihren Lohn habe bringen wollen. Herr Wenzel schreibt sodann: Zu dem Ueberfall erkläre ich, daß ich, gerade weil ich aufgetreten, um das fällige Geld zu erlangen, damit jeder seinen verdienten Lohn erhalte, von zwei Bauunternehmern und einem Zimmermeister, von denen die beiden Erstgenannten im Geldkomptoir anwesend waren, zweimal überfallen und mißhandelt worden bin. Ueber den Grund zu dem Ueberfall wird die Untersuchung Aufklärung geben.

Einen unangenehmen Verlust hatte der Arbeiter Gustav Wenzel. Auf dem Wege von Niddorf nach seiner Wohnung Gischinerstr. 87 verlor er seine ganzen Ersparnisse im Betrage von 109 M. Er seht eine Belohnung von 10 M. für den ehrlichen Finder aus.

Schneidig! In Sportkreisen erregte das Verschwinden eines bekannten Sportsmanns, des Dr. G., zuletzt Mitinhaber eines Reitinstitutes am Friedrich Karl-Ufer, begreifliches Aufsehen. Die plötzliche Flucht wird in Verbindung gebracht mit größeren Zahlungsverbindlichkeiten des G. einem Pferdehändler S. gegenüber und mehreren Handwerker, die nenerdings bauliche und dekorative Renovationen vorgenommen, eingegangen war. Wie verlautet, beabsichtigen die Geschädigten Strafanzug bei der Staatsanwaltschaft zu stellen.

Durch einen **Rebolver**, der sich in der Tasche entlud, ist am Mittwoch Morgen der 25jährige Gärtner Hans Nordwich in der Müllerstraße verwundet worden. Der Schuß ging in den rechten Oberarm, sodas Nordwich sofort zusammenbrach und nach einem Krankenhause geschafft werden mußte.

Ergriffen ist nunmehr der Mann, der gestohlene Schuhwaren in der Feinerstraße festgenommen und wegen gut gespielten Zerrinns nach der Charites gebracht wurde. Es ist der Handelsmann Martin Jemel. Aus seiner Vernehmung in dem Krankenhause, die wegen der gehäuften Laubstummheit schriftlich geführt werden mußte, ist noch zu bemerken, daß er auf die schriftliche Frage nach dem Namen die Antwort „Friedrich W.“ anstieß und als Wohnung das Schloß angab, wo er 10 000 M. Miete zahlte. Als er sah, daß seine Ueberführung in das Untersuchungsgefängniß bevorstand, brach er in der bereits gemeldeten verwegenen Weise aus. Seine Freiheit hat er sofort wieder zur Verübung von Diebstählen beanzt, indem er unbeaufsichtigt gelassene Handwagen plünderte. Die Polizei hat ihn nach seiner Ergreifung Sprache und Gehör wieder beigebracht (auf welche Weise, wird leider nicht gemeldet) und seine Ueberführung nach Moabit bewerkstelligt.

In Johannisthal bei Berlin war vor einigen Monaten — wie der „Vorwärts“ berichtet hat, ein Schwindler Namens Wendi festgenommen worden, der in marktchreierischen Reklamen seine angeblich in Johannisthal belegene Naturheilkunst mit Kurbädern in der Provinz empfahl, als Spezialität jedoch die briefliche Behandlung von Leidenden aller Art gewährt hatte. Wendi, der nach einem Kumpen hatte, der sich gleichfalls hinter Schloß und Riegel befindet, machte ganz enorme Geschäfte, bis die von ihm Betrogenen Anzeige wegen Betrugs erstatteten. Die Untersuchung in dieser Affäre nimmt einen ganz ungeahnten Umfang an, da sich täglich noch neue Opfer des raffinierten Schwindlers beim Untersuchungsrichter am Landgericht II melden. Andererseits treffen aber aus der Provinz, wo die Entlarvung des Schwindlers noch nicht bekannt zu sein scheint, noch immer Bestellungen von Medicamenten und Geldsendungen an die Adresse des Wendi ein, ebenso suchen viele auswärtige Patienten die „Kuranstalt“ persönlich auf, um zu erfahren, daß die Reise vergeblich gewesen und eine solche Kuranstalt nur in der Reklame des Wendi existirt hat. Wir theilen diese Fälle mit, um weitere Leidende, denen die Reklamen des Schwindlers in die Hände gelangen sollten, nicht weiter zu unnützen Ausgaben veranlaßt werden.

Ermittelt sind jetzt jene Burschen, welche kürzlich, wie berichtet, einem Hefeier in der Fohrbrechtstraße die Fenster eingeschossen haben. Es sind zwei in der Nachbarschaft wohnende Männer, die nun zur Anzeige gebracht worden sind.

Zu dem „Mordversuch“ in der Posenerstraße wird noch mitgeteilt, daß der Auscher Hermann Scholz, dessen sich die Kriminalpolizei anfänglich vergewissert hatte, jetzt auf freien Fuß gesetzt worden ist. Es liegt kein Zweifel mehr vor, daß sich die That nicht so zugetragen haben kann, wie Frau Reinhold angegeben hat. Nachdem beide Söhne der Frau nochmals vernommen worden sind, hat sich ergeben, daß nur ein Streit und eine damit in Verbindung zu bringende Prügelei stattgefunden. Scholz hat die Frau Reinhold mit der einen Hand angefaßt und mit der anderen an den Kopf geschlagen, was er auch selbst zugiebt. Davon kann aber Frau Reinhold nicht ohnmächtig geworden sein. Sie scheint sich selbst beigelegt und ohnmächtig gestellt zu haben, hat sich auch die Wäsche selbst um den Hals gelegt und zweimal zusammengeknotet. Der innere, dem Halse zunächst befindliche Knoten, war aber nur lose gefügt, so daß er nicht schaden konnte, während der zweite fest zusammengeknüpft war. Außerdem war das nicht verwandte Ende der etwa 6 Meter langen Seile hübsch ordentlich zusammengewickelt. Trotzdem aber will Frau Reinhold nicht zugestehen, daß sie die Anzeige erdichtet hat. Sie liegt noch immer im Bett und kühlt sich den Kopf.

Daß die vielgenannte Frau Dr. Prager unter der Anschuldigung der Anstiftung zum Mord in Untersuchungshaft befinde, wie kürzlich nach dem „Vorwärts-Kurier“ gemeldet wurde, wird uns von anderer Seite als unzutreffend bezeichnet. Frau Dr. Prager befindet sich danach auf freiem Fuße und hat in ihrem Ehegerichtsprozeß ein strafrechtliches Verfahren überhaupt nicht zu erwarten.

In dem Selbstmord des Gürtlermeisters Fied stellt uns dessen Ehefrau nach zur Veröffentlichung mit, daß die anfangs glückliche Ehe mit ihrem Mann vor anderthalb Jahren durch eine Leidenschaft gestört wurde, welche ein mit ihm zusammenarbeitendes Mädchen in ihm weckte. Fied habe seit längerer Zeit schon Gift bei sich getragen und mehrfach gedroht, daß er sich umbringen wolle. Nachdem er dann wider Erwarten wirklich den Selbstmord begangen hatte, so erzählt Frau Fied weiter, habe sie in größter Eile Lärm gemacht; sowohl ein Nachbar, als auch sie selber sei zum Arzt gegangen. Als sie als Erste mit

dem von ihr herbeigeholten Arzt zur Stelle war, sei es aber bereits zu spät gewesen, ihr Mann war inzwischen gestorben.

Polizeibericht. Am 3. d. M. Vormittags fand vor dem Kriminalgerichtsgebäude eine Schlägerei zwischen zwei Frauen statt, bei der die eine sammt ihrem Ehemann durch Messerstücke bedeuend verletzt wurde. — Mittags sprang ein 13jähriges Mädchen aus Furcht vor Strafe aus dem Fenster der in der Goldmannstraße im 1. Stock belegenen elterlichen Wohnung und erlitt erhebliche Verletzungen an beiden Beinen. — In der Nacht zum 4. d. M. wurde ein Gärtner auf dem Courtdirektplatz mit einer Schusswunde am Oberschenkel aufgefunden. Seiner Angabe nach hat er sich die Verletzung durch eigene Unvorsichtigkeit zugezogen. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Witterungsüberblick vom 4. Juli.

| Stationen. | Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meeresesp. | Windrichtung. | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter. | Temperatur (nach Celsius) (9 F. R.) |
|------------------|---|---------------|-------------------------|--------------|-------------------------------------|
| Emmenmünde . . . | 760 | SW | 3 | wolkig | 17 |
| Hamburg . . . | 761 | SW | 3 | Regen | 15 |
| Berlin . . . | 762 | SW | 3 | wolkig | 18 |
| Wiesbaden . . . | 765 | SW | 4 | bedeckt | 18 |
| München . . . | 766 | SW | 4 | bedeckt | 18 |
| Wien . . . | 763 | SW | 3 | wolklos | 21 |
| Saporanda . . . | 762 | SW | 2 | halb bedeckt | 14 |
| Petersburg . . . | 762 | SW | 1 | wolklos | 11 |
| Cork . . . | 766 | SW | 3 | Regen | 15 |
| Köberden . . . | 763 | SW | 1 | heiter | 17 |
| Paris . . . | 767 | SW | 1 | heiter | 16 |

Witterung in Deutschland am 4. Juli, 8 Uhr Morgens.
Unter dem Einflusse mäßiger bis frischer Winde aus dem westlichen Quadranten ist auch heute das Wetter in Deutschland vorwiegend trübe und an der Nordseeküste regnerisch. Die Temperatur ist überall beträchtlich gesunken, am meisten in Hamburg, das heute früh 15 Grad Celsius hatte. Die höchste Temperatur hat Memel mit 20 Grad Celsius. Von verschiedenen Orten wurden gestern Nachmittag Gewitter gemeldet.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 5. Juli 1894.
Warmes, theils heiteres, theils wolkiges Wetter mit mäßigen westlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Gewerkschaftliches.

An die Bauhandwerker, Maurer, Zimmerer u. s. w. Berlins. In einer am Sonntag, den 24. Juni d. J. abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Steinindustrie-Arbeiter wurde der Beschluß gefaßt, sich wegen Abschaffung des Submissionswesens bei Vergebung städtischer Arbeiten wie früher durch die Maurer und mit denselben Forderungen, durch Petitionen u. s. w., an die zuständigen Behörden zu wenden. Die hierzu eingesetzte Kommission ersucht nun die obengenannten Gewerkschaften sich diesem Vorgehen anzuschließen und mit ihr in Verbindung zu treten. Jede Gewerkschaft kennt die Nachteile des Submissionswesens, wäre daher doppelt ihre Aufgabe für Befreiung desselben erlightet. Ist auch der erste Versuch im Jahre 1881 nicht gelungen, so kann es uns nicht hindern, einen zweiten Versuch zu unternehmen, zumal die Verhältnisse seit dieser Zeit andere geworden sind, darum frisch voran. J. A. S. Sudmann. Mittheilungen sind zu richten an: Johann Oelert, Nixdorf, Zietenstr. 32, 1 Tr.

Achtung, Buchbinder und verwandte Berufsgeossen!
Zur Mittheilung, daß infolge des Bierboikotts und der Saalsperre die Ortsverwaltung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder (Sitz Leipzig), veranlaßt steht, vom Sonnabend, den 7. Juli 1894 das Kassenlokal vom Restau-

rant zur „Neuen Post“, Seußstr. 21, nach dem Restaurant zum „Eichenstab“, Stallschreiberstr. 29, sowie die Zahlstelle von Sperling, am Oranienplatz, nach dem Restaurant Herrschleb, Wabertstr. 4, zu verlegen. Gleichfalls befindet sich die Zahlstelle des „Verbandes“ auch daselbst. Die Zahlstellen sind geöffnet jeden Sonnabend, Abend von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr.

Achtung, Vergolder! Diejenigen Vertrauensleute, welche noch Fragebogen in Händen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben sofort an H. Schütte, Schleifstr. 38, Hof 1 Tr., zu senden, aber spätestens in der Versammlung am Montag, den 9. Juli, mit zur Stelle zu bringen.
Die Agitationskommission.

Die Zahl der in Braunschweig angefertigten Brauer beträgt nach der Angabe des „Volksfreundes“ im ganzen 343 Mann. Davon waren anfangs 221 zu unterziehen, jetzt noch 133 Mann. Von den zu Unterzögenden sind 85 verheiratet. Die Zahl ihrer Kinder beträgt 150.

Wegen Lohnregelung wird ersucht, den Zugang von Weisgerbern nach Neumünster fernzuhalten. (Die arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.) Der Vorstand der Zahlstelle Neumünster des Lederarbeiter-Verbandes.

Mit den freikindlichen Bäckergesellen in Lissabon, soweit sie Ausländer sind, macht die portugiesische Regierung kurzen Prozeß. Die „Kön. Ztg.“ berichtet: Nahezu 300 spanische Bäckergesellen, die sich an dem großen Bäckerausstand in Lissabon beteiligten, sind von den portugiesischen Behörden aufgegriffen, an Bord des Transportschiffes „Africa“ geschafft und nach Vigo abgeschoben worden.

Vom Bürger Schuhmacherstreik. Vor dem Bürger Amtsgericht haben am 3. d. M. die ersten Verhandlungen stattgefunden gegen Arbeiter, die sich „unbefugter“ Weise in der Nähe der Fabriken aufgehalten haben sollen. Jeder Einzelne hatte ein Strafmandat von 3 Mark zugesandt erhalten; circa 100 Personen sind mit einem solchen bedacht worden. Gegen das Urtheil, welches auf 6 Mark Strafe oder 2 Tage Haft lautet, ist Berufung eingelegt worden.

Die Drucker der lithographischen Anstalt von Bezel u. Raumann in Leipzig haben am 2. Juli sämmtlich die Arbeit eingestellt. Der Zugang nach Leipzig ist streng fern zu halten.

Vermischtes.

In Wandsbël bei Hamburg sind durch eine große Feuersbrunst in der Nacht zum Dienstag die Fouragemagazine des 15. Infanterieregiments zerstört worden. Montag Abend gegen 11 Uhr brach das Feuer in den an der Feldstraße zwischen der neuen Wendenmuthstraße und dem alten Kirchhof belegenen Schuppen aus, welche total niederbrannten. Während man noch mit den Löscharbeiten, an welchen sich auch die Hamburger Feuerwehr kräftig beteiligte, beschäftigt war, standen plötzlich nach 2 Uhr an der Ecke auch die in der Königstraße belegene Schmiede und der Fourageboden in Flammen und brannten theilweise nieder. Man glaubt, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen sei.

In Kronstadt ist die Cholera ausgebrochen; vom 20. bis 29. Juni sind 12 Personen erkrankt und 6 gestorben. Vom 29. bis 30. Juni sind nach amtlicher Feststellung 7 Personen erkrankt und 3 gestorben. Der Militär-Gouverneur von Kronstadt, Vize-Admiral Rosnaw, hat weitgehende Maßregeln zur Unterdrückung der Epidemie getroffen. — Das Gouvernement Kiew ist auf Verfügung des russischen Ministers des Innern für choleraverdächtig erklärt worden.

Stockholm, 8. Juli. Auf einem aus Petersburg angekommenen Dampfer, der bei der Quarantäne-Station Fejan liegt, ist ein Passagier unter choleraähnlichen Symptomen gestorben. Die Obduktion der Leiche ergab als Todesursache cholera asiatica.

Kopenhagen, 4. Juli. Der Justizminister erließ heute eine Verfügung, wonach die Provenienzen einschließlich der Reisegerichte aus dem russischen Gouvernement Petersburg der ärztlichen Beobachtung vor ihrer Landung sowie der Desinfektion unterworfen sind. Die Einfuhr von Lumpen in Petersburg ist verboten.

Petersburg, 4. Juli. Wie verlautet, wird der „Regierungsanzeiger“ morgen den Ausbruch der Cholera in Petersburg bekanntgeben.

Wesl, 4. Juli. Wie dem „Nemzeti Ujsag“, aus Nyiregyhaza gemeldet wird, stürzte bei der Ortschaft Rüd eine große Fähre über die Theiß, auf welcher sich gegen 200 Personen befanden, um. Viele Personen sind ertrunken; die genaue Ziffer der Verunglückten ist noch nicht bekannt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

W. S., Karlsruhe. Andere gesetzliche Bestimmungen über A. bestehen nicht. Im Volks-Vergleich von Wurm finden Sie eine längere Abhandlung über Arbeiterauschüsse; dort ist auch die übrige Literatur über diesen Gegenstand angegeben.

R. Sch., Grüner Weg 71. Wir haben Ihr Schreiben dem Parteivorstand übermitteln.

R. A. Fragen über die Tragweite von Statuten, Verträgen u. s. w. lassen sich ohne Kenntniß der Statuten u. s. w. nicht beantworten.

G. A. 41. Der Zeuge muß auf Befragen seine Vorstrafe angeben. Er kann vorher dem Gericht schriftlich anzeigen, daß er bestraft sei, und beantragen ihn nach der Vorstrafe in der Sitzung nicht zu befragen. Auf diesen Antrag geht jeder verständige Richter ein.

70 T. Ja: lesen Sie den Artikel „Pfundrecht des Vermieters“ im „Vorwärts“, 2. Beilage vom 29. Juni.

9. 14. Sie müssen Erbeslegitimation und gerichtliche Nachlassregulierung beim Amtsgericht zu Magdeburg beantragen, eventuell auf Rechnungslegung u. s. w. klagen. Verjährung liegt nicht vor.

Lederindustrie. Dem Gehilfen steht vierzehntägige Kündigungsfrist zu, falls diese nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

G. B. 100. 1. Ja. 2. Wenn Sie wahrheitsgemäße Angaben machen, sind Sie nicht schadenersatzpflichtig.

Nicht 28. Er muß die Genehmigung nachsuchen, wenn er nur beurlaubt ist.

W. T. 2000. 1. Erwachsene. 2. Das hängt von dem Ergebnis der Superrevision ab.

R., Reichenbergerstr. Einfache Beleidigung wird mit Geldstrafe bis 600 M., mit Haft oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre, thätliche oder öffentliche durch Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatsachen begangene Beleidigung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnißstrafe bis zu 2 Jahren bestraft. — Der zu Strafe Verurtheilte wird auch zur Tragung der Kosten verurtheilt. — Die Berufung gegen ein Schöffengerichtsurtheil sowie die Revision gegen ein Straammerurtheil muß innerhalb längstens einer Woche vom Tage der Verkündung ab (nicht erst vom Tage der Zustellung ab) bei dem Gericht, dessen Urtheil angegriffen wird, eingelegt werden.

Ambrosius. Wir sehen keinen Anlaß, mit Casimir Perier's Bild den „Vorwärts“ zu verunglimpfen. Sind Sie durchaus auf ein wohlgelegenes Konterfei des neuen Präsidenten verfallen, so kaufen Sie sich die „Germania“ vom Sonntag Morgen.

G. M. 1. Einmalige Anmeldung genügt. 2. 5 Pf. beträgt das Geldbriefgeld.

A. S. Das hängt von der Höhe des Miethzinses ab.

Freiheit. Zu dem von Ihnen beabsichtigten Schritt vermögen wir nicht zu raten; Mittellose können von Amerika zurückgeschickt werden.

Briefkasten der Expedition.

Krebs. Ein Brief von Ihnen ist in unserer Expedition nicht eingetroffen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Donnerstag, den 5. Juli.
- Alexander-Theater. Jugend.
- Alexanderplatz-Theater. Gespenster.
- National-Theater. Italien in Berlin.
- Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
- Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstr. 192.
Sensationelle Novität!
Italien in Berlin.
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Carl Peters. Musik von A. Biedtke.
Reparaturen aus dem Atelier von Müller und Schäfer. Maschinerien vom Theatermeister Otto Weise.
Elektrische Lichteffekte von Zakowsky. Kostüme vom Obergarderobier Paul Hildebrandt.
Elektrische Lichteffekte von Zakowsky. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von Lustspielen, Poffen sowie Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Castan's Panoptikum.
Hawaiische Königs-Tänzerinnen! Das schwerste Ehepaar der Welt. 1110 Pfund.

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter u. verwandter Berufsgenossen.

(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 3. d. M., unser treues Mitglied, der Silberarbeiter

F. Ziethe

im 42. Lebensjahre verstorben ist. Derselbe ist heils, trotz seines jahrelangen leidenden Zustandes, für die Vereinigung eingetreten.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 6. d. M., Abends 6 Uhr von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes aus, statt. Um recht rege Betheiligung bittet
131/1 Der Vorstand.

Achtung, Maler!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Vereinsmitglied

Bernhard Gurliitt

im 45. Lebensjahre am Dienstag, den 8. Juli, Vormittags 9 Uhr, an der Proletarier-Krankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Juli, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Wogrowitzstraße 37 aus nach dem Johannis-Kirchhof in Plöthen statt.

Sein Andenken ehren

Die Mitglieder der Filiale VII SW.

Verband der Vergolder etc.

Zur Nachricht, daß das Mitglied

Gustav Siegmund

nach langen, schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juli, Nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Brigg aus, statt. 267/1 Um zahlreiche Betheiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Zur liebevollen Theilnahme bei dem Begräbnisse meines mir so lieben Mannes, des Gärtlermeisters 16426

Albert Fieck

sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Berlin, den 8. Juli 1894.

Brau Wm. Fieck geb. Conrad.

Krankenunterstützungs-Verein d. Schneider.

Berammlung

am Donnerstag, den 5. Juli cr., Abends 8 1/2 Uhr [221/1] bei Freygang, Schützenstr. 18/19.

Tagesordnung: Berathung der zur Generalversammlung gestellten Anträge. Die Zahlstelle der Kasse und des Verbandes ist von Gredaderstr. 83 nach Rosenthalerstr. 12, Restaurant Brünning, verlegt und ist der Kassierer Montags, Abends von 8-10 Uhr dort anwesend. Die Lokalverwaltung.

Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.

Freitag, den 6. Juli 1894, Abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung der Delegirten

(Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Saale des Herrn Brünning, Rosenthalerstraße 11-12.

Tagesordnung: 1. Wahl von vier Vorstandsmitgliedern (drei Arbeitgeber und 1 Arbeitnehmer). 2. Statutenänderung der §§ 1-66. 3. Verschiedenes. Nach § 47 des Statuts.

Bekanntmachung.

Zutritt haben nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zur Zeit obengenannter Kasse angehören.

Arbeitnehmer, die zur Zeit bei einem Innungsmeister arbeiten, haben keinen Einlaß.

Kontrolle am Eingang. Franz Boyer, 1. Vorsitzender, Krefstr. 29. Rudolph Bahlo, Schriftführer, 1552b Wabertstr. 9.

Achtung, Wandagisten und Hand-schuhmacher!

Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 2. d. M. ist über die Werkstat P a p a j e w s k y die Sperre verhängt.

Die Kollegen werden dringend ersucht, diesen Beschluß hochzuhalten. 99/1 Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, den 21. Juli 1894:

Grosse Dampfer-Partie

verbunden mit darauf folgendem

Sommernachts-Fest

in dem größten Etablissement der Oberspree
Schlosspark Wilhelminenhof.

Abfahrt der Dampfer von der Zannowibridge von 7 bis 9 Uhr viertelstündlich.

Grosses Konzert

unter gütiger Mitwirkung
des Gesangvereins Kreuzberger Harmonie (M. d. A.-S.-B.)

Um 12 Uhr: **Grosse Fackelpolonaise.**

Großes Feuerwerk.

Von Morgens 8 Uhr ab:
Ungemüthliches Kaffeekochen bei Früh-Konzert.

Von 6 Uhr ab: Rückbeförderung per Dampfer.

Preis: Hin- und Rückfahrt incl. Tanz 60 Pfennig.

Achtung! Der Billetverkauf wird am Montag, den 16. Juli, geschlossen. Billets, welche bis Dienstag, den 17. Juli, nicht zurückgegeben sind, werden als verkauft angesehen. Um zahlreiche Betheiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Billets sind zu haben bei Rannuck, Wabertstr. 87; Mieske, Wabertstr. 9; Nithobusch, Blumenstr. 38; Bina, Gräferstr. 32; Sommer, Mariannenplatz 15; Werner, Friedenstr. 68; Otto, Friedenstr. 46; Klotzsch, Stopenstr. 81; Morgenstern, Duffenstr. 18; Ahrens, Kottbuserstr. 6a, 4 Tr.; in Moabit bei Gerdtsch, Wittroderstr. 27, und in sämmtlichen Zahlstellen des Verbandes.

Zur Beachtung! Osten. Die Zahlstelle 28 ist von Landsberger Allee 152 nach Landsberger Allee 27 bei Bange, verlegt worden.

Sänger!
1. Tendre sucht ein alter Arbeiter-Gesangverein (84 Mitgl.).
Weib. Donnerstag, Annenstr. 9 im Restaurant.
Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt die gebrügte Gewinnliste der preuss. Lotterien bei.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.
Donnerstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr,
im Saale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Vogtherr. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. — Die Genossen werden ersucht zahlreich zu erscheinen.
Kein Ring-Pier, kein Poykott-Pier.
Die Zahlstellen des Wahlvereins befinden sich bei folgenden Genossen:
J. Verna, Rosenstr. 30; W. Thierbach, Friedrichstraße 16; Tripko, Jägerstraße 10; Wendt, Claudiusstr. 19.
276/a

Der Vorstand.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
aller in der Schuh- und Schäfte-Fabrikation beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen
am Donnerstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale
des Hrn. Haberecht (ob. Saal), Gr. Frankfurterstr. 30.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand des Streiks bei Fürstenheim & Moräse. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
[223/1] Der Einberufer: Georg Holz.

Ordentliche General-Versammlung
des Vereins der Einseher (Züßler) Berlins u. Umgeg.
am Sonntag, den 8. Juli cr., Vorm. 11 Uhr.
im Lokale des Herrn Röllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Kassenführung des ersten Kassiers. 2. Kassen- und Revisions-Bericht. 3. Wahl eines ersten Kassiers. 4. Vorstands-Anträge. 5. Bericht und Neuwahl der Arbeitsvermittlungs-Kommission. 6. Fragelasten.
116/1

Der Vorstand.

Berein der Bau-Anschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 8. Juli, Vorm. 10^{1/2} Uhr, bei Br ü n i n g,
Rosenthalerstraße 11-12:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Aufklärung Fälling contra Günther. 4. Wahl eines Gewerbegerichts-Kandidaten. 5. Antrag Fälling. 6. Verschiedenes und Fragelasten.
84/1

Der Vorstand.

Zentralverb. der Maurer Deutschlands
(Zahlstelle Berlin I, Püßer).
Sonntag, den 8. Juli, Vorm. 11 Uhr, in den „Armin-
hallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Silberschmidt über: „Die erzieherische Wirkung der Gewerkschaftsbewegung“. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 190/1
NB. Die Mitglieder, deren Mitgliedsbücher zum 1. Juni abgelaufen sind, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Ersatzbücher in dieser Versammlung ausgegeben werden.
Der Bevollmächtigte.

General-Versammlung
der „Freien Vereinigung“ der Lederer, Lederzurichter u. Berufsgen. Berlins
am Sonnabend, den 7. Juli, Abends 8^{1/2} Uhr, bei Herrn Feind,
Weinstraße Nr. 11.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1894. 2. Vorstandswahl und Komiteewahlen. 3. Abrechnung von der Dampferpartie. 4. Mehrere Unterstützungs-gesuche. 5. Verschiedene Mitteilungen. 166/1
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Lehr- u. Diskursklub Süd-Dt.
Generalversammlung
am Donnerstag, den 5. Juli 1894,
Abends 8^{1/2} Uhr,
Görlitzer- und Soraerstraßen-Ecke
bei Lottsdorf.
Wahl des Vorstandes, Kassenbericht etc.
Gäste willkommen. 160/1

Achtung! Achtung!
Das am 7. Juli stattfindende folgende
Stiftungsfest des „Suchsdorffschen
Männerchor“ findet der Saalperrce
wegen nicht bei Road's, Brunnen-
straße 16, sondern bei Br ü n i n g,
Rosenthalerstr. 11/12, statt. 1630b
Das Vergnügungs-Komitee.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Androasstr. 23, S. pt., gegenüber Androaspf
Berlin, 2. Gesch.: Brannonsstr. 95, gegenüber Humboldtshain
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
gratis, höher gratis. Photostellung ge-
stattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß
ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und
Elsasser Baumwollwaren.
Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc.
Fertige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge etc. etc.
Gardinen
Neue stilvolle Muster in grosser Musterauswahl! Zwei-
seitig gebogen und sauber gelolzt, Meter von 45 Pf. an.
Abgepasst das Fenster (2 Shawls) von 3,50 Mk. an.
Steppdecken.
Neu in Tischdecken, Bettdecken,
Sophadecken etc.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, feilschend. Reparaturen sofort. Weniger
Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski,** Spittelmarkt 13.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei
und Verlagsanstalt Auer & Co. in Ham-
burg ist erschienen:

Der
Neue Welt-Kalender
für 1895
Zwanzigster Jahrgang.

Inhalt:
Kalenderium. — Kalender etc. — Feiertags-
Kalender. — Zeitkalendarium u. Welt-Kalender. —
Statistisches. — Das Wochensystem der deutschen
Sozialdemokratie. — Rückblick. — Wessen
und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. —
So aber so! Von Heinrich Werth (mit Illustrationen). —
Der große englische Bergmanns-
Krieg (mit Illustration). — Bis und Donner.
Von Oswald Röhrer (mit Illustrationen). —
Drei Tage in den Katakomben von Naxos.
Von Wilhelm Brednich. — Die Jahreszeiten.
Geschicht. — Befragt, nicht überwand. —
Erzählung von Rob. Schweißel (mit Illustrationen). —
Kermantion. Mit Gedicht. — Das Ordinarer.
Von Dr. G. Luz. — Die Erfindungen auf
der Sonne und ihre physische Beschaffenheit.
Von Franz Schumann. — Sommermorgen. Ge-
dicht von Joh. Georges. — Neue Ausgrabungen
in Pompeji (mit Illustration). — Die Wieder-
ständer. Von Wilhelm Brednich. — Geistes-
schwebel. Von Dr. G. Luz. — Carl Wilhelm
Zeller. (Mit Porträt). — Die Freie zum
Tiefen Seher. Eine Geschichte aus dem alten
Hamburg (mit Illustrationen). — Epigramme.
Von Goethe. — Liegende Blätter. — Herbst,
Küchelpflanzung, Räucher etc. — Kleinere Mitteilun-
gen.

Derzu vier Kupfer:
Die Weizenlese. — Die Zeitgenossen der Berg-
leute bei der Konferenz im kaiserlichen Amt in
London. — Die Bergschichten. — Die Klotz-
schichten.
Ein farbiger Bild: Der Forscher an der Wand,
hört seine eigene Schand'.
Ein Wandkalender

Preis 50 Pfennig.
Nach zu beziehen durch:
Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Genthstr. 2.

!Roh-Tabak!
Sämtl. in- und ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand,
in billigster Preislage, empfiehlt
**Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Fabrik, Handlung,
Brunnenstrasse 185.**

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschnonflecken, in
reizenden Jacquard-Mustern, Grösse
150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. sonstiger
Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hoch-
feine Stepp- und Schlafdecken gratis
und franco.
Steppdecken-
Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

In
**Roh-
Tabaken**
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
**!! billigster
Einkauf!!**
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung!
nach Uebereinkunft!
Ein Jeder mache den Versuch.

Bestes Pugmittel der Welt!



Diese Universal-Metal-Pul-
ver-Fabrik ist von uns zuerst im
Jahre 1876 eingeführt und das Fabrik-
zeichen „Helm“ durch gesetzliche Ein-
tragung zur Schutzmarke ge-
zeichnet worden. Alle ähnlich aus-
sehenden Erzeugnisse sind deshalb
Nachahmungen unseres unüber-
troffenen Pugmittels. 806L*
Etwa 1,25. Schnelle.
Etabliert 182. 74L*

„Der Sozialdemokrat“
Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.
Nr. 23 ist eben erschienen und enthält u. A.:
Plechanow: Die Propaganda der Chat.
Soltsi und der christliche Anarchismus.
Herrn Dr. Bruno Wille's anarchische Philosophie.
Turati (Mailand) über Caserio.
Die sozialdemokratische Presse und das Ignoré Attentat.
Nummern im Einzelverkauf bei allen Expediteuren 10 Pf. — Abonnement
pro Monat 40 Pf.
Die Expedition des „Sozialdemokrat“,
Genthstr. 2.

Oranienbad, Oranienstraße Nr. 44
zwischen Moritz- und Oranienplatz.
Dampfbaden-Bad. Einpudung in seidene Laken.
Massage. Mitglieder sämtlicher Vereine zahlen
nur pro Bad mit Packung und Massage
75 Pfennige.
außerdem Schwefel-, Sool-, Sül- u. Wannenbäder.
3 Wannenbäder mit Seife und Handtuch 1 M.
Neu eingerichtete Abtheilung:
Kräuterdämpfe, Gasse, Widel etc.
System Kneipp.

Altenberg's Färberei, Bäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Androasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr.
No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed.
Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mt. p. Pfd. Bettbed. gef. 1,25 Mt. p.
Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen
billigst. Neu! Glanzentfernung von blaufarbenen Rammgarn-Garderoben

Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Am Königsthor.
Mittwoch, den 4. Juli:
Zweites Kinderfreuden- und Familienfest.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Familien-Ball. Fackelpolonoise. Volksbelustigungen aller Art.
Entree 30 Pf. Kinder 10 Pf. Billets vorher 25 Pf.

Nur-Bade-Anstalt und Massage
von **H. Mania,** Brunnenstr. 16.
Dampf- und Heißluft-Badenbäder, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu strapazieren. Dielectric und Masseur sämtlicher
Orts-Krankentassen und freien Hilfsklassen. 64489*
Dienstag und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Filiale nur für Massage ist Thurmstraße 46, 4 bis 5^{1/2} Uhr.

Achtung, Schöneberg!
Mache bekannt, daß ich von heute
ab nur Rathenower Export- und
Abelung u. Hoffmann, Potsdam,
also kein Ringbier, ausschänke.
G. Schulze (fr. Breitenstein),
Friedenauerstr. 65, 1640b

Kinderwagen, größt. Lager, billigst
Preise, v. 10 M. an
auch Theil-
zahlung.
W. Holze,
128L* Oranienstraße 3.

Allen Genossen zur Nachricht, daß
ich die Restauration von Herrn Graber,
Pernannstr. 33, Rixdorf, übernommen
habe, und halte ich mich den geehrten
Genossen bestens empfohlen. Nur Aus-
schanke von der Bierkommission. 1638b
F. Bergmann, früher Wischmannstr. 20.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantis für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Weißbier!
Für Fabriken und Werkstätten
sowie für Wiederverkäufer liefere
ich mein Versand-Weißbier in
unübertrefflicher Güte zum Preise von
3 Mt. für 40 halbe oder 45 1/2 oder
25 3/10 oder 20 ganze Flaschen, frei
in's Haus, in Flaschen mit Patent-
verschluss, ohne Pfandbedingung.
Forsprecher Ami Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg, 214L*
Gedankstraße Nr. 73-75 und 82.
Berliner Weissbier-Brauerei.

Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesell-
schaft sucht für Berlin u. die Provinz
thätige Haupt- u. Spezial-Agenten.
Hohe fortlaufende Bezüge event. auch
festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter **O. P. 2** nimmt die
Expedition entgegen. 219L*

Stolpe bei Wannsee.
Restaurant „Lindenhof“.
Empfehle den Vereinen und Gesell-
schaften bei Ausflügen u. Vergnügungen
mein Lokal mit gr. Garten, Saal u.
Bairisch Bier von Gebr. Hoffmann,
Potsdam. **A. Mattausch,** Gastwirth.
Bereinszim. (großes) Simeonstr. 23.
Kein Ringbier! Pflück.

Flußhwerke
verleihen von 1 Mark an
an der
Friedrichstr.
Karlstr. 24

Kinderwagen, Reifeförbe
zu Fabrikpreisen, auch Theilzahlung.
E. F. Derrmann, Oranienstr. 115.
Mischladen verläuflich, 250 Pf.
1645b Treßdorfstr. 54.
Rostockerstr. 14 sind schöne Vorder-
und Hofwohnungen billig zu verm.
Näheres v. 2 Tr. bei Sprenger.

Evora-Bräu
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Ge-
binden v. 20-100 Lit. 80 Pf. = 8 M
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Arbeitsmarkt.
Eislergesellschaft verlangt 1649b
Stechel, Rixdorsstr. 10a.
Einen Kreisfugenschneider verlangt
H. Bertmeiser, Schmidstraße 8a.

Den Parteigenossen zur gest. Kenntniss,
daß ich meine Destillation wegen Ver-
zug nach außerhalb bill. verk. Billige
Rieche. Zu erfragen bei Steibe,
Weselftr. 15. 1618b*
Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linien-
straße 149, 8-10, 5 bis
7, Sonntags 8-10 Uhr. 74L*

Geldschrank-Zschlöffel,
tüchtig, selbständige verl. 4000*
Ab's Fabrik, Demminstr. 7.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht.

Kammer VIII. Vorsitzender: Assessor Fürst. Sitzung vom 2. Juli 1894.

Die Xylographen hätten keine Kündigungsfrist, behauptete ein superkluger Meister derselben, sich gegen eine Lohnschädigungsklage wendend, die ein ehemals von ihm beschäftigter Xylograph (Heimarbeiter) gegen ihn wegen unrechtmäßiger Entlassung angehängt hatte. Der Herr wurde durch das Urteil des Gerichts eines Besseren belehrt, welches auf Zahlung der Entschädigung erkannte. Gründe: Durch das Entlassen des über den für Xylographen angemessenen Lohn vernommenen Sachverständigen sei dargethan, daß die in ihre eigenen Heim für einen Meister arbeitenden Xylographen dieselbe Stellung einnehmen, wie die Heimarbeiter anderer Berufe. Bezüglich dieser habe das Gericht aber prinzipiell anerkannt, daß die gesetzliche Kündigungsfrist auch ihnen zustehe. Ein Entlassungsgrund habe nicht vorgelegen, deshalb mußte mit Rücksicht auf die bisherige Praxis des Gerichts, die Kündigungsfrist der Heimarbeiter betreffend, die Verurteilung ausgesprochen werden. Der behandelte Prozeß ist der erste, welcher seitens eines Xylographen wegen Nichtinhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist eingeleitet wurde. Interessant aus dem Gutachten des Sachverständigen ist ferner, daß unter den Jüngern der Xylographie große Unklarheit über die ihnen zustehenden Rechte aus dem Arbeitsverhältnis herrschen soll.

Der Fensterputzer B. sollte in einem besonders dazu angelegten Termine einen Eid leisten. In diesem Termine schlug der beklagte Inhaber eines Fensterputz-Instituts noch einen Zeugen vor, dessen Vernehmung das Gericht für so wesentlich hielt, daß es die Verhandlung vertagte und vorläufig von der Abnahme des Eides abließ. Weil der neu anzusehende Termin durch Schuld des Beklagten nötig wurde — der Zeuge hätte schon im vorigen Termine angegeben werden müssen — wurde dem Kläger auf seinen Antrag für einen Termin die Verfallgebühr zugesprochen.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Lohmeyer. Vom Zimmermeister Frohne verlangt der Maurer bezw. Maurerlehrling St. 3 M. rückständigen Lohn. St. arbeitete, da er als Maurer „noch nicht ganz fertig“ war — er hat nicht „ausgelernt“ —, bei St. zu einem geringeren Lohn wie „perpete“ Maurer. Der Beklagte behauptet, Kläger habe ihn durch schlechte Ausführung von Arbeiten um mindestens 3 M. geschädigt; diese Summe habe er demselben deshalb von Lohn abgezogen. Kläger hätte die 3 M. herausbekommen, wenn er die fragliche Arbeit noch mal gemacht hätte. Beklagter wurde verurteilt unter der Begründung, daß einem Arbeitnehmer wegen schlechter Arbeit kein Lohn einbehalten werden dürfe, wenn nicht beim Engagement eine derartige Bestimmung in den Arbeitsvertrag, gleich, ob schriftlich oder mündlich, aufgenommen sei.

Nicht von seinem Meister, sondern von dessen Auftraggeber, verlangt ein Arbeiter die bekannte Lohnschädigung, und zwar, weil er in dem Behalten der Ursache seiner Entlassung sieht. Derselbe hatte den Meister des Klagers auf Grund irgend eines Vorkommnisses zur Entlassung desselben bewegt. Das Gericht wies den Kläger wegen Unzuständigkeit ab; die Klagen sei keine solche aus dem Arbeitsverhältnis.

Pressfreiheit. Redakteur, Expedient und Buchdruckereibesitzer des „Sozialist“ wurden bekanntlich am 11. Mai d. J. wegen „öffentlicher Anreizung zu Gewaltthätigkeiten“ zu enorm hohen Strafen (Redakteur Nestl zu 8, Redakteur Reinhardt zu 6 Monaten, Expedient Löber zu 100 M., Buchdruckereibesitzer Grunau zu 1 1/2 Jahren Gefängnis) verurteilt, weil die Kriminalpolizei eine vor rothem Papier gedruckte Nummer zum 18. März 1894 vor Verlesung derselben abgefaßt hatte. In der Nummer waren wesentlich nur einige Reminiscenzen aus 1848 enthalten. Die Höhe der Strafe wurde dadurch begründet, daß die Straftaten begangen seien, um die Erinnerung an die Märztage von 1848 wachzurufen. Grunau wurde als Mithäter bestraft, obwohl ihm nicht nachgewiesen wurde, daß er auch nur eine Zeile geschrieben hatte. Das Reichsgericht verwarf vorgestern die Revision Grunau's, indem es dem bekannten, vom Reichsgericht als richtig hingestellten Grundgesetz wiederholte, daß auch der Verleger der Zeitung für deren Inhalt haftbar gemacht werden könne. — „Pressfreiheit“ heißt im bürgerlichen Sinne: die Presse ist vogelfrei.

Wegen Diebstahls einer Serie Bilder aus dem Atelier des berühmten Münchener Malers Lenbach wurde seit Montag vor der Münchener Strafkammer gegen eine Reihe Personen verhandelt. Es waren angeklagt: 1. Heinrich Friedrich Wagner, 42 Jahre alt, verheiratet, Maurer, zuletzt Hausmeister bei Professor v. Lenbach, von Großmannsdorf; 2. Johann Janll, 28 Jahre alt, ledig, Kunstmaler von Nürnberg; 3. Leonhard Deitinger, 38 Jahre alt, ledig, Antiquitätenhändler von hier, und 4. Anton Subenicek, 31 Jahre alt, ledig, Porzellanmaler von Prag, wegen Verbrechen der Fälschung. Ursprünglich waren es zehn Angeklagte, von denen ein Theil außer Verfolgung gesetzt wurde, ein anderer sich zur Zeit noch in Untersuchung befindet und erst später zur Aburtheilung gelangt. Es sind angeklagt H. F. Wagner eines fortgesetzten Vergehens des Diebstahls, Joh. Janll wegen eines fortgesetzten Vergehens der Anstiftung zum Vergehen des Diebstahls und eines fortgesetzten Vergehens der (gewerdmäßigen) Fälschung, Deitinger und Subenicek je eines fortgesetzten Vergehens der (gewerdmäßigen) Fälschung. Das Urteil wurde am Mittwoch gesprochen und lautete gegen Wagner auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, ferner gegen Janll auf 2 1/2, gegen Subenicek auf 1 1/2 und gegen Deitinger auf 1 1/2 Jahr Zuchthaus, sowie auf je 5 Jahre Ehrverlust.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 3. Juli eine Versammlung ab, die zunächst das Andenken des kürzlich verstorbenen Genossen Benz, eines der ältesten Mitglieder des Vereins, in üblicher Weise ehrte. Frh. Hansen referirte sodann über das Thema: „Christlich-sozial“, indem er die Bestrebungen, besonders der Evangelisch-Sozialen darlegte und kritisierte und weiterhin zeigte, wie wenig diese dazu angethan sind, den tausend Weibern der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung abzuhelfen. (Beifall.) In der Diskussion hob Heymann hervor, daß die Kirche, weil sie ihre Existenz durch die Wissenschaft längt bedroht sieht, sich der herrschenden Klasse als Wachtturm gegen die Arbeiter aufstellen muß, um nach ihrer Erstickung noch weiter krühen zu können, und daß dieselbe Rücksicht sie in den letzten Jahren bestimmt hat, dem Zeitgeiste einige Konzessionen zu machen. Mehrere andere Redner erörterten die Frage, ob ein Sozialdemokrat gottesgläubig sein kann. Forchardt, der die Frage angeregt hatte, bejahte sie, desgleichen Heymann. Letzterer bejahte sie indes nur für diejenigen, die in dem Bewußtsein, daß sie zur Klasse der Ausgebeuteten gehören, den Sozialismus nur als Partisache betrachten; er verneinte die Frage für diejenigen, denen der Sozialismus in Folge eingebundenen wissenschaftlichen Studiums zur Weltanschauung geworden ist. Vier andere Genossen verneinten die Frage unbedingt. Nach einem Schlußworte des Referenten theilte der Vorsitzende mit, daß von den beiden Restaurateuren Schäler und Feldhagen, die in voriger Sitzung bezeugt worden waren, bojkottirtes Bier anzuschänken, der erstere aus dem Wahlverein ausgetreten, der andere ausgeschlossen ist, weil er erwiesenermaßen die Vier-Revision-Kommission ungebührlich behandelt hat. Die Versammlung wählte hierauf drei Revisoren für die Kassenerführung. Wegen der jetzigen heißen Temperatur vertagte man die weiteren Sitzungen des Wahlvereins auf einige Wochen, bis die Statutenkommission ihre Arbeiten vollendet hat. Zum Schluß wurde zur energischen Durchführung des Boykotts aufgerufen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt für den Bezirk Wedding am 3. d. M. in Kolberger Salon eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Th. Mehnert sprach über das Thema „Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll“. Die Volksschule, so führte er aus, habe die Aufgabe, die Kinder für's Leben vorzubereiten. Die erste Anforderung, die an sie gestellt werden müsse, sei, daß die Kinder der Wissenschaft entsprechend unterrichtet würden. Die heutige Volksschule ertheile aber den Unterricht von einem einseitigen Standpunkte aus und erziehe die Kinder zu einseitigen Denfern. Der Vortragende behandelte dann die beiden Lehrfächer: konfessionelle Religion und vaterländische Geschichte, die die anderen Lehrfächer: Lesen, Schreiben, Gesang beherrschten und durchsetzten, und veranschaulichte den Widerspruch des Gelehrten zu den tatsächlichen Verhältnissen. Durch eine derartige Lehrmethode würden die Anschauungen der Kinder in ganz falsche Bahnen gelenkt. Die Berliner Volksschulen leiden nach den Darlegungen des Referenten außerdem an schädlicher Ueberfüllung der Klassen. Die Durchschnittszahl der Schüler der einzelnen Klassen betrage über 60, nur eine Schule in der Mohrenstraße weise eine Durchschnittszahl von einigen 40 Kindern auf. Dadurch werde es den Lehrern unmöglich gemacht, sich mit den einzelnen Kindern zu beschäftigen. Das in der Schule Gelehrte genüge zu verarbeiten hindere die Kinder überdies vielfach die wirtschaftlichen Verhältnisse, die nötigen, vor und nach dem Schulunterricht fortwährend thätig zu sein. Die Volksschule, wie sie ist, könne nicht sein, was sie sein solle, da die Schulverhältnisse den verkehrten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind. Höhere Bildung sei an den Besitz geknüpft und dem Volke die höhere Bildung zugänglich zu machen, verbiete den herrschenden Klassen ihr Klasseninteresse. Die Volksschule solle dagegen eine Volksbildungsanstalt im wahren Sinne des Wortes sein. In Beziehung auf die Frage, wie die Volksschule beschaffen sein solle, verwies der Vortragende auf die im Programm der sozialdemokratischen Partei enthaltenen Forderungen, diese eingehend erklärend und daraus die sich von selbst ergebenden Schlußfolgerungen ziehend. In dem heutigen Klassenstaate, wo das Selbstinteresse ausschlaggebend sei, wäre die Durchführung unserer Forderungen in Beziehung auf die Volksschule unmöglich. Möglich sei dies nur nach Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Zustandes, nach Beseitigung des Kapitalismus. Dieses Ziel zu erstreben, müsse unsere Hauptaufgabe sein. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. Von der Diskussion nahm man Abstand. Wie der Vorsitzende Riesel sodann mittheilte, hat sich der Vorstand genugsam gesehen, wiederum zwei Mitglieder aus dem Verein anzuschließen, und zwar die Mitglieder Hohenstein und Mätschke. Beantragt wurde ferner der Ausschluß zweier Vereinsmitglieder, diese Angelegenheit jedoch vorerit dem Vorstande zur Untersuchung überwiesen. Eine von Heinrich Sauerer er angeregte Angelegenheit, die den Boykott betraf, wurde einer Konferenz der Bezirksführer des 6. Wahlkreises zur Erledigung überwiesen. Weiter wurde zur konsequenten Durchführung des Bierboykotts angefordert, da die Vierkommission ausdrücklich für Bier zu sorgen in der Lage sei. Dem Antrage Poillon's, den Genossen Stolzenburg's seines Amtes als Bezirksführer zu entheben, soll entsprochen werden.

In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Wahlkreis, die am 3. Juli in Moabit abgehalten wurde, sprach G. Wagner über das Thema: „Volksschule und Klassenbewußtsein“. Der Redner beleuchtete die materielle und geistige Benachteiligung, die die arbeitende Bevölkerung auch hinsichtlich der Schule durch den Klassenstaat erfährt und kam zu dem Schluß, daß nur die sozialdemokratische Partei erstrebte Gesellschaftsverbesserung bringen könne. Alles, was dazu beitrage, die Arbeiterklasse kampffähiger zu machen und das Klassenbewußtsein, eines der wichtigsten Mittel im Kampfe, zu stärken, müsse benutzt und gefördert werden. Der Redner empfahl als solches Mittel die Arbeiter-Bildungsschule. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage. Diskutirt wurde nicht darüber. Unter Vereinsangelegenheiten wurde mitgetheilt, daß able Nachreden, die sich der Wastwirt Gerhardt über den Genossen Gleinert erlaubt hat, als auf Unwahrheit beruhend erwiesen sind. Die dem Vorsitzenden unterbreitete Frage, ob es einen wissenschaftlichen Anarchismus gebe, wurde von Wagner und Wach bejahend beantwortet, die in kurzen Zügen ein Bild der Theorien des Anarchismus, sie als verwerflich bezeichnend, gaben. Die „Propaganda der That“, die beide Redner als nicht durchaus notwendiges Aushülfe des Anarchismus betrachteten, wurde besonders von Wagner, scharf verurtheilt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu energischer Durchführung des Boykotts auf.

In dem Versammlungsbericht der Wütcher, der in der Nummer 147 veröffentlicht worden ist, theilt uns Herr Maschke mit, daß ihm nichts davon bekannt ist, daß er sich in Breslau irgend welche Vergehen habe zu schulden kommen lassen. Es sei ihm daher unerfindlich, weshalb vor ihm von Breslau aus gewarnt werden könne.

Eine öffentliche Wütcher-Versammlung wurde am Dienstag Abend im Heise'schen Lokale abgehalten. Mattutat referirte, nachdem eine belanglose Debatte über den Arbeitsnachweis vorangegangen war, über die gegenwärtige Lage des Boykotts. Der Redner zog das negative Ergebnis der am Nachmittag stattgehabten sogenannten Einigungs-Konferenz ebenfalls in den Kreis seiner Betrachtungen und folgerte, daß die Wütcher, in ihrem blinden Glauben an die

Konsequenz des Ringes erschüttert, der Sache nunmehr vorurtheilsfrei gegenüberstehen würden. Der Kampf, nicht gesucht, sondern von der Arbeiterschaft gezwungen aufgenommen, müsse bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt werden. (Gebäustes Bravo.) Der umfangreichen Diskussion, wobei von Lorenz, Winter, Mehnert u. A. die Nothwendigkeit der aufgestellten Forderungen mit Rücksicht auf die fortgesetzten Verdrehungen der Genossen eingehend begründet wurde, folgte die Annahme einer Resolution, worin es heißt: „Die Versammlung erklärt, im Einverständnis mit der gesammelten Arbeiterschaft, sich darüber klar zu sein, daß der gegenwärtige Kampf konsequent bis zum endgültigen Siege durchgeführt werden muß. Um den aufgestellten Forderungen, insbesondere der Anerkennung der Organisation, Geltung zu verschaffen, verpflichten die Anwesenden unentwegt an der bisherigen Taktik festzuhalten“. Längere Debatten rief ein Antrag hervor, wonach die Mitglieder der Wohnkommission für ihre Thätigkeit mit einer Mark pro Tag entschädigt werden sollten (die letzte Versammlung hatte 2 M. pro Woche festgesetzt); nachdem Mattutat, Neumann und Franke mit Wärme dafür eingetreten waren, wurde der Antrag genehmigt; dieser Beschluß hat für die Zeit bis zum 18. Mai cr. rückwirkende Kraft. Dem Kassirer wurden 2 M. pro Woche extra zugewilligt.

Die Kartonnarbeiter hielten am 24. v. Mts. eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. In seinem Referat über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der in der Kartonnbranche beschäftigten Arbeiter führte Kollege Drews die miserablen Zustände, die in letzter Zeit wieder Platz gegriffen, recht lebhaft vor Augen und forderte zum Schluß die Kollegen auf, in den bestehenden Verband aller in der Papier- und Lederwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter einzutreten. In der darauf folgenden Diskussion trat eine gegenläufige Meinung nicht zu Tage; eine diesbezügliche Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen, jedoch wurde beschlossen, am Sonntag, den 1. Juli, wieder eine Versammlung einzuberufen, in der die Organisationsfrage endgültig gelöst werden solle. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, für die nächste Versammlung recht rege zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Allgemeine Deutsche Tapezierer-Verein hielt am 25. Juni eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher aus der „Neuen Zeit“ der Artikel „Die Zentralisation des Kapitals und die Gewerkschaften“ vom Kollegen Fiedler vorgelesen wurde. In der Diskussion führte Kollege Fiedler aus, daß, wenn die Kollegen solche Werke lesen und verstehen würden, die Ansichten, wie sie in unseren öffentlichen Versammlungen oftmals vorgetragen werden, verschwinden würden. Unter Vereinsangelegenheiten macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die nächste Versammlung eine Generalversammlung ist.

Mitglieder-Versammlung des Verbandes der deutschen Gold- und Silberarbeiter vom 27. Juni. Nach Eröffnung der Versammlung macht Kollege Bräcker den Anwesenden bekannt, daß der Wirth des bisherigen Versammlungslokales sich dem Willen des Brauer-Ringes gefügt und sein Lokal verweigert habe; aus demselben Grunde finde auch der Sommerabendball in Keller's Hofjäger, Pflanzhaid, nicht statt. Es wird sodann ein Antrag des Ausschusses, betreffs Delegation des Vorsitzenden der Agitationskommission, Les Kollegen Haber, diskutiert und nach längerer Debatte mit 42 gegen 2 Stimmen angenommen. Hierauf gelangt Genosse Frh. Hansen zum Wort über das Thema: „Zur Naturgeschichte des Proletariats“. Der 1 1/2stündige interessante Vortrag wurde mit reichem Beifall belohnt. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend hielt am 27. Juni im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35, ihre Vereinsversammlung ab. Genosse Wilson Forchardt referirte über die „Moderne Ehe und die freie Liebe“. Nach Beendigung seines Vortrags forderte ein Genosse den Referenten auf, aus der Nr. 146 des „Vorwärts“ den Artikel aus dem Gerichtstheil „Mit großen Herren ist nicht gut Kirchengenossen“ vorzulesen, was auch durch die Vorsitzende geschah. Der Inhalt des Artikels erregte allgemeine Entrüstung. In der Diskussion sprachen die Genossinnen Freulein Wabnis, Frau Schälich, Frau Ludwig und Frau Moak. Zu Punkt 3 (Verchiedenes) wurde von der Kassirerin bekannt gemacht, daß am 4. Juli Generalversammlung und am 28. Juli das Stiftungsfest des Vereins stattfinden; auch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Bibliothek des Vereins vollständig sei und allen Mitgliedern zur Verfügung stehe.

Eine ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend tagte am 28. Juni in Wille's Salon, Andreasstr. 26. Da der Referent nicht erschienen war, so ging man zum dritten Punkt der Tagesordnung über: Wahl der Kassirerin und eines Revisoren. Es wurden gewählt: Zimmer, Reberstr. 22, für Moabit; Gebert, Swinemünderstr. 49a, für Norden; Dienert, Andreasstr. 77b, für Osten; als Revisor Schacht, Reberstr. 49. Dann berichtete der Vorsitzende, daß das Vereinslokal nach Andreasstr. 26 verlegt sei, bis der Bierboykott aufgehoben ist, und daß alle Donnerstage nach dem 1. eine Versammlung da stattfindet. — Das Stiftungsfest findet wegen des Bierboykotts nicht statt. — Dietrich berichtete, daß Witschold das Buch abgegeben habe und daß die Körner'sche Broschüre gekauft sei und den Mitgliedern zur Verfügung stehe. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Im Verein der Schäftebranche berichtete am 30. Juni Kollege Köhler in klarer Weise über den Bürger-Schulmachersstreik. Dann beschloß man den Ausschluß des Mitgliedes Wiltch Rohr, das sich bei der Firma Simonohn u. Stern des Streikbruchs schuldig gemacht hat, indem es sich vorher Geld aus dem Streikbureau geben ließ und trotzdem fortarbeitete. Die nächste Versammlung ist auf den 28. Juli angesetzt.

Die Kartonnarbeiter und Arbeiterinnen hielten am 1. Juli bei Wille, Andreasstr. 26, eine öffentliche Versammlung ab, deren erster Tagesordnungspunkt: Vortrag des Kollegen Sailer über „Klassenbewußtsein und Arbeiterorganisationen“ wegen Nichterscheinen des Referenten abgesetzt werden mußte. Die dann über die „Organisationsfrage“ geführte längere Debatte, wobei von mehreren Rednern die Grundzüge der Zentralisation, die Bestimmungen über die Bibliothek, über den Arbeitsnachweis, den Rechtschutz, über die Reise- und Gemäßregelungen Unterstützung u. s. w. eingehend erläutert wurden und wobei Bedenken, die gegen diese Ausführungen ins Gewicht hätten fallen können, von keiner Seite laut wurden, fand ihre Erledigung durch Annahme einer Resolution, wodurch die Kollegen und Kolleginnen sich zum Anschluß an den Verband

